

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 43.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 26. Oktober 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Dresden, ein Markstein in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Von Dr. P. Brauns (M.-Gladbach).

Der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften ist soeben beendet. Die Frage nach der Bedeutung der Gesamtveranstaltung liegt daher nahe. Ein Urteil über die Tagung ist auch heute schon möglich, wenigstens alle Resultate und Wirkungen des Kongresses erst in der Folgezeit sich zeigen werden. Der Kongress war — das ist schon heute klar —

ein durchschlagender Erfolg nach jeder Seite.

Naturngemäß stehen die verschiedenen Kongresse unterschiedlichen Situationen im wirtschaftlichen und sozialen Leben gegenüber. Auch die gegenwärtige Lage hat ihre Besonderheiten. Die bedeutungsvollen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, die — ebenso sehr, wie die immense technische Höhe unserer Industrie eine Lichtseite — eine unverkennbare Schattenseite unserer großindustriellen Entwicklung darstellen, haben in den letzten Jahren eine gewisse Zuspitzung erfahren. In vielen Gewerben haben sich Unternehmertum und Arbeiterkraft auf den Boden der Tarifgemeinschaft zu „einheitlicher“ Förderung ihres Gewerbes zusammengefunden. Für die Großindustrie, insbesondere für die schwere, steht die Anerkennung des Gewerkschaftsgebührens, insofern er eine selbständige Interessenvertretung der Arbeit gegenüber dem Kapital auf dem Boden der Selbsthilfe darstellt, noch aus. Nicht bloß der sozialistische Klassenkampfgedanke mit all seinen Konsequenzen, wie sie in der freien Gewerkschaft sich ergeben, wird von der Großindustrie abgelehnt, sondern auch die auf dem Boden der bestehenden Wirtschafts- und Rechtsordnung ruhende Gewerkschaftsidee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, deren letztes Ziel der soziale Frieden im Gewerbe ist, wird ebenso scharf bekämpft. Die Stärkung der Arbeitgeberverbände, ihre fortschreitende Zentralisierung, ihre einseitigen Arbeitsnachweise, vor allem aber die theoretische und praktische kostspielige Förderung der gelben Werksvereine charakterisieren die gegenwärtige Lage.

Unsere deutsche Industrie

befindet sich überdies in einer wesentlich anderen wirtschaftlichen Lage als in den vergangenen Jahrzehnten. Die Jahre „jugendlichen Vorkaufmens“ sind vorüber. Das Verhältnis der einzelnen Industrien zueinander hat sich verschoben. Es hat den Anschein, daß die schwere Industrie, und zwar sowohl in Roh- und Halbfabrikaten, wie in Fertigfabrikaten, verhältnismäßig an volkswirtschaftlicher Bedeutung gegenüber den Industrien leichter Fertigfabrikate nach mancher Richtung hin gewonnen hat. Die erstere ist rentabler, kann fortschreitend mehr Menschen beschäftigen, hat es leichter im Konkurrenzkampf usw. Auf dem Weltmarkt geht es mit unserer Gesamtindustrie zwar noch immer mächtig vorwärts, aber doch gegenüber den Jahren 1895—1900 und 1904—1908 unter erschwerten Konkurrenzbedingungen.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht von sozialistischen Zukunftsträumen und nicht vom Dogma des Klassenkampfes beeinflusst wird, muß aus sich heraus und nicht erst durch den Zwang der Tatsachen sich dazu verstehen, insbesondere die letzbezeichneten Entwicklungsstufen in ihrer Eigenart zu würdigen. Sie muß den Interessen des Gesamtgewerbes und der Volkswirtschaft, sowie den nationalen Gesichtspunkten ebensosehr Rechnung tragen, wie der Wahrnehmung der spezifischen Arbeiterinteressen. Ist es doch eine alte Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiterinteressen nur gedeihen können auf dem Nährboden eines günstig sich entwickelnden Gewerbes, fortschreitender Produktivität und einer gesunden

Volkswirtschaft. Es bedarf weder sogenannter vaterländischer Arbeitervereine, noch gelber Werksvereine, noch einer absolut und wesentlich neuen Gewerkschaftstheorie, wie sie von gewissen außerhalb der Bewegung stehenden Kreisen angestrebt wird, um der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die hier bezeichneten Pflichten klar zu machen. Gegen dahin zielende Versuche mußte die christliche Gewerkschaftsbewegung im Interesse ihrer Selbsterhaltung eine klare und unzweideutige Stellung nehmen.

Eine große Bewegung geht heuer durch das wachsende Heer der Angestellten.

Auch die Staatsbeamten und die Arbeiter in Staatsbetrieben

werden von dieser Bewegung erfasst. Auch diese neue Beamtenbewegung muß sich mit dem sozialistischen Problem und der sozialdemokratischen Bewegung auseinandersetzen. Das ist vielleicht noch belangreicher als die gleiche Entscheidung in den Kreisen der Arbeiter in der Privatindustrie. Von weittragender Bedeutung für das Staatswohl ist es daher, die wachsende Bewegung der Staatsbeamten und Arbeiter in den Ideenzirkel der christlich-nationalen Bewegung zu ziehen, selbstverständlich unter Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten des Staatsbetriebes und der Beamtenqualität.

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager

war das wichtigste Ereignis seit dem letzten Kongress zu Köln im Jahre 1909. An dem Ergebnis dieses Streites konnte die Dresdener Tagung unmöglich vorübergehen. Der Streit hatte mit den Erklärungen des Ausschusses des Gesamtverbandes im vergangenen Sommer eine vorläufige Erledigung erfahren. Von der Veranstaltung eines außerordentlichen Kongresses wurde damals Abstand genommen; vielmehr wurde die Frage verwiesen auf den damals bereits beschlossenen ordentlichen Kongress im Herbst zu Dresden. Dort, wo die Delegierten der Gesamtbewegung aus ganz Deutschland zusammenkamen, mußte sich zeigen, ob die Gesamtheit der christlichen Gewerkschaftler geschlossen hinter dem Vorgehen des Ausschusses des Gesamtverbandes und seiner Haltung im Sommer dieses Jahres stand. Die Leitung des Gesamtverbandes mußte ihr Verhalten dem Kongress zur Kritik oder zur Bestätigung unterbreiten. Auch die Öffentlichkeit, nicht zuletzt die katholischen wie die nichtkatholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften erwarteten vom Kongress eine erneute klare und unzweideutige Stellungnahme zur Frage.

Endlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß

im evangelischen Lager

infolge der fortschreitenden Zerlegung unseres Volkslebens durch die radikale sozialistische Agitation die Sympathien gegenüber der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bedeutend gewachsen sind, zumal die Tatsachen den Vorwurf, die christliche Gewerkschaftsbewegung sei doch nur eine verdeckte konfessionelle und parteipolitische Gründung, immer mehr als unwahr erweisen. In dieser Situation trat der VIII. Kongress der christlichen Gewerkschaften zusammen. Diesmal in Dresden, um der Bewegung neue Freunde zu werben, ihr neue Gebiete zu erschließen. Die 250 Delegierten fanden sich in alter Freundschaft wieder, fest entschlossen, ihrer Bewegung wirksame Impulse zu geben, im unerschütterlichen Glauben an die Güte ihrer Sache, nicht wankend in der Einigkeit und Tatkraft. Es war Stimmung in der Versammlung — das offenbarte sich jedem Teilnehmer, auch den zuzuhörenden Gästen — wie vielleicht auf keinem Kongress vorher.

Zur Organisationsfrage der Staatsangestellten und -Arbeiter

referierte Generalsekretär Gutiche vom Oberfelder Eisenbahnerverband. Scharf wurden die Besonder-

heiten dieser Arbeiter- und Angestelltenkategorien herausgehoben, mit unzweideutiger Entschiedenheit wurde der Streik der Angestellten und Arbeiter im Verkehrsgewerbe verworfen. Im Kampf gegen den Radikalismus der Sozialdemokratie genügt hier keine verwaschene „Neutralität“, die auch vor der Sozialdemokratie ihre Verbeugung macht und die Behandlung der Streikfrage „der Entwicklung überläßt“. Aufbauende staatsbürgerliche Erziehung ist Pflicht solcher Organisationen gegenüber den zersetzenden Einflüssen von links, ebenso wie die energische Interessenvertretung der unteren Beamten und Staatsarbeiter, die gerade durch den Anschluß an die christlich-nationale Arbeiterbewegung gegeben ist. Noch sind hunderttausende christlich und national denkender Staatsarbeiter und -Angestellten zu organisieren; auf diesem wichtigsten Gebiete der Arbeiter- und Beamtenorganisation hat sich die sozialdemokratische Bewegung bis heute nicht durchgesetzt. Es wird ihr nie gelingen, wenn die christlich-nationale Arbeiterbewegung dieses Feld beackert. Gerade die Beamten und Arbeiter unserer großen Verkehrs-institute sind berufen, das Fundament, auf dem die christlich-nationale Arbeiterbewegung fußt, zu erweitern und zu festigen.

Das Problem Kapital und Arbeit

fand eine großzügige und wissenschaftlich vertiefte Behandlung in dem Referat des Redakteurs Jooß von der Westdeutschen Arbeiterzeitung. Das Referat und seine Aufnahme auf dem Kongress bedeutet eine Absage an eine gewisse „neue Richtung“ unter Professoren der Nationalökonomie und Vertretern großer Werke und Arbeitgeberverbände. Es sind, so legte der Referent dar, nicht einmal „neue“ Theorien, die uns da geboten werden. Es handelt sich vielmehr um einen teilweisen Rückfall ins Manchesterium, um einseitige Betonung des volkswirtschaftlichen Wertes der Produktion auf Kosten der Würdigung des ebenso wichtigen Verteilungsproblems. Schließlich ist die Produktion doch nicht Selbstzweck für die Menschheit. Und was über die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Steigerung des Reallohnes dargestellt wird, ist ebenfalls nicht wissenschaftlich stichhaltig, vielmehr eine schlecht verblümete Rückkehr zur alten Lohnfondstheorie. Es handelt sich um Theorien, die — sagen wir es gerade heraus — letzten Endes in ihren Schlussergebnissen die gelben Werksvereine begründen und jede eigentliche Gewerkschaftsbewegung verneinen. Was an den Gedankengängen der „neuen Richtung“ zutrifft (die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fundamentierung der sozialen Bestrebungen, die Anerkennung der Abhängigkeit aller sozialen Fortschritte von der Entwicklung des Gesamtgewerbes und unserer gesamten Volkswirtschaft, die Würdigung der Produktivität der Arbeit usw.), ist den christlichen Gewerkschaften nichts Neues, ist grundsätzlich stets ihr geistiges Eigentum gewesen und auch praktisch gewürdigt worden. Zentralblatt, Jahrbücher der christlichen Gewerkschaften, ihre Kurse usw. gehen davon Zeugnis. Aber zur Verwirklichung solcher Grundsätze in der Praxis gehören zwei: Arbeiter und Unternehmer. An den letzteren lag es hauptsächlich, wenn bisher der Solidaritätsgedanke zwischen Kapital und Arbeit auch seine berechnete Verwirklichung nicht gefunden hat; denn Unternehmer, nicht Arbeiter sind es, welche Verhandlungen auf dem Boden der Gleichberechtigung hinsichtlich des Arbeitsvertrages grundsätzlich von sich weisen. Daher die Dissonanz in der Praxis.

Die Gewerkschaften stehen im Fluß der Zeit.

Auch die christlichen Gewerkschaften verschließen sich veränderten Situationen keineswegs.

Sie sind auch nicht auf Theorien einzelner national-ökonomischen Richtungen eingeschworen. Ihr Gewerkschaftsgedanke ist kein totes Schema. Ihre Führer sehen die wechselnden Probleme und legen

sich ernstlich damit auseinandersetzen. Das beweist das Buch von Th. Brauer, Sekretär des Gesamtverbandes, zum Thema „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“ ebenso wie das Joos'sche Referat auf dem Kongress. Aber das Wesen der Gewerkschaft bleibt darum doch unverändert bei den christlichen Gewerkschaften bestehen. Das hat der Kongress unzweideutig bewiesen. Wer vielleicht geglaubt hat, auch nur einzelne Schriftsteller der Bewegung würden von den unverrückbaren Grundlagen jeder ernstlichen Gewerkschaft absehen, der hat an Dresden eine Enttäuschung erlebt. Trotz einiger Meinungsunterschiede in Einzelheiten der einschlägigen Fragen und Diskussionen, die in Dresden zwischen Brauer und Joos zutage traten und ihre Klärung unschwer finden werden, waren die Referenten mit dem ganzen Kongress eins in dem Bekenntnis: Wir bleiben echte Gewerkschaftler; die Grenzen nach der Seite der gelben Bewegung dürfen nicht vermischt werden; „von ihr trennt uns alles, unsere wirtschaftlichen, sozialen, staatsbürgerlichen, ja selbst unsere geistig sittlichen Ideale“. Ereignisse neuerer Zeit haben den Tatsachenbeweis erbracht, daß die christlichen Gewerkschaften Verantwortlichkeitsgefühl genug besitzen, dem einzelnen Gewerbe wie der gesamten Volkswirtschaft gegenüber.

Von der Höhe wissenschaftlicher und praktischer Erfassung der Probleme durch den Kongress. Legten auch die

Verhandlungen über das Arbeitsrecht

(Berichterstatte: Referendar Rühr-M.-Glabbad und Reichstagsabgeordneter Joh. Becker) beredetes Zeugnis ab. Die Arbeiterversicherung ist in der neuen Reichsversicherungsordnung kodifiziert. Das gesamte übrige Arbeitsrecht harret noch der Vereinfachung, der Vereinheitlichung und Vervollkommnung. Sowohl das Arbeitsvertrags- wie das Arbeitsverfassungswie endlich das Arbeitskämpfrecht leiden an technischer und inhaltlicher Unzulänglichkeit. Mangelhafte Kenntnis des Rechts, Schwierigkeit der Rechtsverfolgung, Mangel an Uebereinstimmung in der Rechtsprechung sind die unausbleiblichen Folgen. Bisher wurden diese Materien nur in engen Zirkeln von Sachmännern sowohl nach der wirtschaftlich-sozialen wie nach der rechtlichen Seite erörtert. Der Kongress hob die Folgen aus diesem Stadium heraus und stellte sie in der Öffentlichkeit mit voller Klarheit zur Diskussion. Auf die der Gewerkschaftspraxis gewidmeten Referate über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge (Gesamtverbandessekretär Bergmann-Köln), über die Orts- und Bezirkskartelle (Gesamtverbandessekretär Baltrusch-Köln), sowie über das gewerbliche Schieds- und Einigungswesen, das Hr. v. Berlepsch und Verbandsvorsitzender Kurtzheid zu behandeln hatten, näher einzugehen, verbietet der Raum.

Dagegen bedarf

Der Höhepunkt des Kongresses

nach besonderer Hervorhebung: das Referat Stegerwalds über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart.

Das Referat befaßte sich mit den Hemmungen und Bekämpfungen, welche die christlichen Gewerkschaften im bürgerlichen Lager erfahren. Es protestierte gegen gewisse Tendenzen im Lager des Evangelischen Bundes, welche die christlichen Gewerkschaften zum „Sturmbock gegen Rom“ benutzen möchten, ein Bestreben, das übrigens auch schon im Gewerkschaftsstreit des letzten Sommers von seiten der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften energisch abgelehnt worden war. Der Nachdruck der Darlegungen aber lag auf der Stellungnahme gegenüber dem Berliner Fachabteilungssystem.

Die beiden Richtungen haben nicht nur Differenzen nach der religiösen, sondern, was allzu oft übersehen wird, auch nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite. Das Berliner System bedeutet eine Gefahr auch für unser Staatsleben. Die Sozialdemokratie scheidet die Staatsbürger nach Klassen, das Berliner System nach Konfessionen. Eine solche bis ins Extrem durchgeführte konfessionelle organisatorische Absonderung kann die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands nicht vertragen. Wir bedürfen gegenüber der sozialistischen Weltanschauung auch einer idealen Arbeiterbewegung. Zu ihr bekennen wir uns. Diese fördern wir nach besten Kräften. Aber ebenso entschieden halten wir fest an unserer interkonfessionellen und parteipolitisch neutralen christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Die christlichen Gewerkschaften werden in der Zukunft bleiben, was sie in der Vergangenheit waren.

Man muß diese denkwürdige Sitzung des Kongresses miterlebt haben, um sie richtig zu würdigen. Alle hingen am Redner, jeder markante Satz wurde von allen verstanden, in seiner vollen Tragweite gewürdigt, nicht der Redner allein sprach, der ganze Kongress stimmte ein, sprach mit, die Mienen, die

Augen der Zuhörer verrieten es. Und wenn sich diese Stimmung Luft machte, insbesondere am Schluß der Rede, dann durchbrauste ein Beifallssturm den Saal so spontan und gewaltig, wie er nur erschallen kann, wenn die tiefsten und innigsten Herzensgefühle einheitlich empfunden und dokumentiert werden. Da gab es keine Diskussion, und wenn da katholische und evangelische Arbeiter sich von neuem die unerschütterliche gewerkschaftliche Treue versicherten, so kam es von Herzen. Da war gegenseitiges, durch jahrzehntelanges Zusammenarbeiten erprobtes Vertrauen und der ehrliche Wille zur Verständigung und gemeinsamer Arbeit unverkennbar. Die Eindrücke jener Stunde haften bei allen Kongreßteilnehmern tief, fürs ganze Leben, und wirken weit hinaus über die Mauern des Kongreßsaales.

Dresden hat die christliche Gewerkschaftsbewegung innerlich gestärkt, hat ihr neue Antriebe gegeben, neue Freunde gewonnen.

Hervorragende Führer im evangelischen Lager Sachsens, zum ersten Male der katholische Bischof mitten unter zahlreichen Gästen, an deren Spitze die Vertreter der Landes- und Reichsregierung; das alles wird nicht unbemerkt bleiben. Das waren Verhandlungen, die in die Tiefe und in Höhen gingen, die wissenschaftlich hoch standen, die Eigenleben deutlich erkennen ließen. Referate und Diskussionen verrieten festgefügte Einheit in den Grundanschauungen, offenbarten den ernstesten Willen zu aufbauender, fruchtbarer Arbeit am Arbeiterwohl wie am Gesamtwohl. Wohlthuend sticht der christlich-nationale Dresdener Kongress gegen sozialistische Kongresse ab. Es war eine Tagung von hohem Wert für Volkswirtschaft und Staat. Die Erfolge werden nicht ausbleiben: Dresden, ein Markstein in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. „Köln. Volksztg.“

Die christlichen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1911.

Zum zweitenmal gibt das Generalsekretariat einen Bericht heraus über die Entwicklung und die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle in unserer Bewegung. Er weist gegenüber dem Vorjahre manche Fortschritte in der Entwicklung des Kartellwesens auf.

Schon die Zahl der Kartelle hat sich gegenüber dem Vorjahre von 212 auf 245, also um 33, vermehrt. Von den versandten 245 Fragebogen gingen 224 Stück ausgefüllt beim Generalsekretariat ein. 21 Kartelle hatten trotz wiederholter Mahnung den Fragebogen nicht eingeschickt. Bei diesen scheint was faul zu sein im Staate Dänemark. Den 222 berichtenden Kartellen waren 2121 Ortsgruppen mit 228 729 Mitgliedern angeschlossen. Das ist ein Mehr von 324 Ortsgruppen und 39 406 Mitgliedern. Der Prozentsatz der kartellierten Mitglieder ist jedoch gegenüber jenem von 1910 leider nicht höher geworden, er beträgt nur 65,3%. Wenn man bedenkt, daß in sozialdemokratischen Gewerkschaften 90% der Mitglieder kartelliert sind, muß man bei aller Berücksichtigung der Besonderheiten in unserer Bewegung den Prozentsatz von 65,3 zu niedrig finden. Aufgabe der Verbandsfunktionäre muß es sein, in ihren Bezirken Umschau zu halten und überall dort, wo sich zwei oder mehr Zahlstellen an einem Orte befinden, die Gründung eines Kartells in die Wege zu leiten.

Die Zahl der den bestehenden Kartellen nicht angeschlossen Zahlstellen hat sich von 95 im Vorjahre auf 75 im Jahre 1911 vermindert. Vorwiegend sind es Zahlstellen der Staatsarbeiter, insgesamt 41, die den Anschluß noch nicht vollzogen haben. Die Textilarbeiter sind mit einer Zahlstelle vertreten. Der Grund des Nichtanschließens wird wie im vorigen Bericht vorwiegend auf Beitragselch, fehlendes Solidaritätsgefühl, Einsichts- und Interessenslosigkeit zurückgeführt. Das sind Unzulänglichkeiten, deren Bekämpfung die in Betracht kommenden Organisationen mit aller Macht betreiben müssen.

Die Tätigkeit der Kartelle

erstreckt sich bekanntlich auf ein bestimmt umrissenes Gebiet. Sie haben in erster Linie die christliche Gewerkschaftsbewegung am Orte öffentlich zu vertreten, zu schützen und zu fördern. Sodann ist es ihre Aufgabe, vor allen Dingen für die Ausbreitung derselben in allen Bezirken am Orte zu sorgen. Zu diesen Zwecken ist natürlich ein gut funktionierendes Versammlungswesen unerlässlich.

Von den berichtenden 222 Kartellen wurden im Jahre 1911 3939 Sitzungen und Versammlungen abgehalten, und zwar 537 öffentliche Versammlungen, 1931 Delegiertensitzungen bzw. kombinierte Mitglieder-versammlungen und 1471 Vorstandssitzungen. Man kann nicht sagen, daß diese zahlenmäßig erfasste Versammlungstätigkeit ungenügend sei, aber was im vorhergehenden Bericht bemängelt wurde, trifft auch für dieses Jahr zu. Eine erhebliche Anzahl von Kartellen hat sich noch nicht zu regelmäßigen Kartellsitzungen ansetzen können, immerhin ist die Zahl derselben im Vergleich zum Vorjahre gestiegen. An „Stoff“ hat es den Kartellen, welche die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Vorgänge verfolgen, wahrlich nicht gefehlt und dürfte es auch zurzeit

nicht fehlen. Auch war im Berichtsjahre die wirtschaftliche Konjunktur, abgesehen von einzelnen Landesteilen und Gewerben, als gute zu bezeichnen. Erfahrungsgemäß sind solche Jahre der Ausbreitung der Gewerkschaften günstig. Diese Gelegenheit haben sich denn erfreulicherweise auch die meisten Kartelle nicht entgehen lassen. Die meisten unter ihnen haben sich berichtsgemäß kräftig an Hausagitationen und zwar mit Erfolg beteiligt. Der Flugblattverteilung wurde ebenfalls größere Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Kartell vertrieb allein 136 000 Flugblätter. Andererseits sei auch nicht verschwiegen, daß einige Kartellvorsitzende es fertig brachten, unter die Frage: „Was geschah zur Ausbreitung und Neugründung“ einfach hinzuschreiben: nichts! Wenn diese ihre Angabe stimmt, dann ist wirklich nicht einzusehen, wozu solche Kartelle bestehen. Sie haben ja bei ihrer ersten und wichtigsten Aufgabe versagt.

34 Kartelle beteiligten sich an statistischen Erhebungen über Arbeitslosen, Organisations-, Wohnungs- und Lohnwesen. Eine größere Berücksichtigung dieses Zweiges ihrer Tätigkeit seitens der Kartelle wäre sehr zu wünschen. Volksbildungsabende wurden von 56 Kartellen insgesamt 167 veranstaltet. Kartellfestlichkeiten fanden in 156 in 122 Kartellen statt. Zur sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Weiterbildung ihrer Mitglieder hielten 110 Kartelle 173 Unterrichtskurse ab, die von 4062 Teilnehmern besucht waren. 894 Vorträge wurden auf den Kursen zu Gehör gebracht. Außer sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Kursen wurden auch eine Anzahl sozial-studentischer Kurse von den Kartellen eingerichtet. Bezüglich der sozialen Wahlen ist leider eine Laueheit und Gleichgültigkeit zutage getreten, die mit der Wichtigkeit der Arbeitervertreterämter nicht in Einklang zu bringen ist. Bei den jetzt bevorstehenden Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen muß mit diesem Schleichdrian gründlich gebrochen werden. Christliche Arbeitervertreter waren insgesamt vorhanden: an den Gewerbebezirken 477, in den Krankenkassen 4783, an den Schiedsgerichten 465.

Finanzgebarung und Einrichtungen der Kartelle.

Die 191 über ihre Finanzverhältnisse berichtenden Kartelle vereinnahmten insgesamt 126 623,75 M. Die Gesamtausgaben betrugen 79 577,52 M. Von ihnen entfallen auf Agitation 15 489,20 M., auf soziale Wahlen 5 311,67 M., auf Rechtschutz und Sekretariate 12 069,73 M., auf Bibliothek und Lesezimmer 3 708,41 M., auf Verwaltungskosten 19 887,50 M. und auf sonstige Ausgaben 22 554,57 M. Die Höhe der Beiträge schwankt zwischen 10 Pfg. und 1,80 M. pro Jahr. Der Durchschnittsbeitrag ist gegenüber 1910 etwas gestiegen und zwar von 47,7 Pfg. auf 48,6 Pfg. pro Jahr und Mitglied. Zu bedauern ist, daß noch 33 Kartelle glauben, mit einem Beitrag von 10 bis 30 Pfg. pro Jahr und Mitglied auskommen zu können. Es ist fast ausgeschlossen, daß ein Kartell bei einem solch niederen Beitrag ersprießlich zu wirken vermag. Eine Erhöhung erscheint hier unbedingt geboten. Der Durchschnittsbeitrag in unsern Kartellen müßte mindestens 5 Pfg. pro Kopf und Monat sein. Mit diesem Beitrag lassen sich in etwa die notwendigsten Ausgaben bestreiten.

Die Einrichtungen der Kartelle haben im Berichtsjahre eine nennenswerte Vermehrung erfahren. Bibliotheken finden wir im Jahre 1911 89 gegen 76 im Jahre 1910. Einen Schriftenvertrieb hatten 43 Kartelle eingerichtet. 1910 40. Referentennachweise fanden sich 36 gegen 35 im Vorjahre vor. Jugendkommissionen, deren Bildung in den Kartellen in letzter Zeit Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit waren, sind in 71 Kartellen entstanden. In den staatlichen Jugendausschüssen haben sich 19 Kartelle eine Vertretung gesichert. Dieser eminent wichtigen Frage ist auch fernerhin die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es wird gut sein, wenn die christlichen Gewerkschaftskartelle Fühlung nehmen mit den am Orte bestehenden konfessionellen Jugendvereinigungen und mit ihnen möglichst Hand-in-Hand gehen, um so an die Arbeiterjugend heranzutreten. Die erfolgreiche Arbeit wird hier in der Hauptsache von der richtigen Auswahl der Personen, die die Jugendkommission darstellen, abhängen. Soziale Ausschüsse, deren Bildung bekanntlich schon der Frankfurter Deutsche Arbeiterkongress empfahl, sind in 85 Kartellorten ins Leben gerufen. Ueber diese wichtigen Institutionen wird noch einiges im Anhang gesagt werden. Einige Kartelle haben laut Bericht Kohleneinkaufskassen, Rabattgenossenschaften und gemeinschaftlichen Bezug von Lebensmitteln eingerichtet, was nur begrüßt werden kann. Dem Arbeiternachweiswesen haben einige Kartelle auch ihre Kraft gewidmet, auf diesem Gebiete könnte mehr geschehen, denn solche Maßnahmen wirken nicht nur in sozialer Hinsicht gut, sondern auch agitatorisch für die christlichen Gewerkschaften. Auch zur Bildung von Radfahrerabteilungen sind einige Kartelle übergegangen. Bei der Flugblattverteilung und der Hausagitation in entfernteren Bezirken, wie auch bei sozialen Wahlen, leisten diese gute Dienste. Kartellsekretariate mit freigestellten Beamten haben bis jetzt 10 Bezirkskartelle errichtet. Bedauerlich ist, daß in einigen Gegenden die Errichtung eines Bezirkskartells mit einem Beamten an der Spitze an dem Widerstand der Beteiligten

gegen einen etwas höheren Kartellbeitrag scheitert. Von großer gewerkschaftlicher Ein- und Weitsicht zeugt das nicht.

Damit haben wir das Wesentlichste aus dem Bericht wiedergegeben. Dieser hat nicht nur den Zweck, über den Stand des Kartellwesens in unserer Bewegung zu orientieren, er soll auch vorhandene Lücken und Schwächen aufdecken, um uns zu veranlassen, diese auszufüllen und auszumergen. Beherzigen wir das. Sorgen wir dafür, daß wir die im Bericht enthaltenen Anregungen und Ermahnungen verwerten. Wir wollen das unsrige dazu beitragen, den Kartellgedanken zu fördern und zu vertiefen.

Die Statistik der Kolleginnen.

I.

Im allgemeinen haben unsere Kolleginnen keine Vorliebe für viele Zahlen. Damit ist aber nicht gesagt, daß das immer so bleiben soll. Denn jede Kollegin, die sich gewerkschaftlich schulen und bilden will, wird sich mit den verschiedensten zahlenmäßigen Angaben befassen müssen; sind sie doch schließlich ein wichtiger, ja unentbehrlicher Bestandteil gewerkschaftlichen Wissens.

Was nun bis jetzt an Statistiken in unserem Verbandsorgan und im Geschäftsbericht zur Generalversammlung geboten wurde, das war hauptsächlich für alle Mitglieder, mithin auch für die Kolleginnen geboten. Eine Statistik aber, welche im diesjährigen Geschäftsbericht enthalten ist und nunmehr auch eine Besprechung im Verbandsorgan erfahren soll, ist von den Kolleginnen gemacht worden. Wir hatten uns zu diesem Zweck durch die Ortsgruppenvorstände direkt an die Kolleginnen gewandt; sie sollten selbst das nötige Material beschaffen, Erläuterungen einziehen; eine besonders dafür bestimmte Kollegin sollte dann aus den Verhältnissen heraus die Anfragen beantworten. Ein Dreifaches gedachten wir dadurch zu erreichen:

1. daß sich die Kolleginnen mit den Verhältnissen am Orte näher befassen,
2. daß sie die festgestellten Tatsachen niederschreiben und
3. daß das gesammelte Material uns an der Zentrale ein wertvoller Fingerzeig werde für die künftige Agitation unter den Arbeiterinnen.

Und der Erfolg dieser Rundfrage? Zur Ehre der Kolleginnen sei es gesagt, daß damit wirklich ein überaus schönes, erfreuliches Resultat erzielt wurde. Sind doch von den 217 eingelaufenen Fragebogen über die Hälfte, 117, von den Kolleginnen ausgefüllt worden. Daß es viele dabei an Fleiß und Genauigkeit nicht fehlen ließen, das war gut ersichtlich. Hundert Rundfragen sind von den Vorstandsmitgliedern selbst beantwortet worden; einzelne Kollegen gaben an, keine Kollegin gefunden zu haben, die sich zum Ausfüllen des Fragebogens bewegen ließ. Von den 70 Rundfragen, die unbeantwortet geblieben sind, treffen die meisten auf solche Ortsgruppen, die entweder nur sehr wenig oder gar keine Kolleginnen haben. Nichtsdestoweniger wäre eine Angabe der Verhältnisse am Platze gewesen. Auf die einzelnen Bezirke verteilen sich die ausgefüllten Fragebogen in folgender Weise:

Krefeld 25, M.-Glabbach 22, Aachen 20, Barmen 16, Bocholt-Wronau 12, Münster i. W. 18, Hannover 9, Schlesien 5, Sachsen-Thüringen 21, Bamberg-Fulda 6, Bayern 17, Württemberg 9, Baden 20, Straßburg i. E. 8, Mülhausen i. E. 9. An diesem Gesamtresultat sind die Kolleginnen beteiligt mit 21 ausgefüllten Fragebogen im Bezirk Krefeld, mit 17 im Bezirk M.-Glabbach, mit 18 im Bezirk Baden und 10 im Bezirk Sachsen-Thüringen. In den übrigen Bezirken sind unter 10 Fragebogen von Kolleginnen ausgefüllt; im allgemeinen aber sind sie überall gut vertreten.

Nun zu den Mitteilungen selbst! Die erste Abteilung derselben sollte bestimmte Angaben über das Arbeitsverhältnis bringen; zunächst über die Zahl der Textilbetriebe an den einzelnen Orten. Sicherlich ist diese einfach erscheinende Frage nicht überall leicht zu beantworten gewesen! Besonders dort nicht, wo die Zahl der Betriebe eines Ortes verhältnismäßig groß ist. Demungeachtet dürften die Antworten als ziemlich zutreffend gelten. Es kommen 3700 Textilbetriebe in den 227 berichtenden Ortsgruppen in Betracht; rund ein Drittel, 1104 Betriebe, treffen allein auf die betreffenden Ortsgruppen des Bezirks Barmen; die nächst höchste Zahl erreicht die Angabe von Sachsen-Thüringen mit 1074 Textilbetrieben. In weitem Abstand davon bewegt sich die Betriebsanzahl der übrigen Bezirke. Es kommt zunächst M.-Glabbach mit 258, dann Krefeld mit 247 und Aachen mit 116 Betrieben; in langsamer Reihenfolge geht die Zahl in jenen Bezirken, wo weniger als 100 Betriebe angegeben sind, herab bis auf 12.

Die nächste, ungleich wichtigere Frage sollte näheren Aufschluß darüber bringen, inwiefern heute die Arbeiterinnen der deutschen Textilindustrie bei gleicher Arbeit niedriger entlohnt werden als die männlichen Arbeiter. Gegenüber der geläufigen Behauptung, daß die Arbeiterinnen die Konkurrentinnen der Männerwelt wären, sollten Beweise erbracht werden. Das Resultat ist hier nach jeder Richtung interessant: von den 217 berichtenden Ortsgruppen haben 62 oder nicht ganz ein Drittel zustimmend geantwortet. Diese 62 Ortsgruppen geben insgesamt 76 Abteilungen an, wo bei gleicher Arbeit an Arbeiter und Arbeiterinnen ungleiche Löhne bezahlt werden. Wollte man nun jede Abteilung für sich als Fabrik gelten lassen und die so gedachten 76 Betriebe den in Frage kommenden 3300 Betrieben gegenüberstellen, so wäre das Verhältnis wesentlich günstiger; es hätte dann der vierzigste Teil oder 2 1/2 % der Betriebe diese Ungerechtigkeit in der Entlohnung. Nach Branchen gesondert gibt die Aufstellung auch zu denken; danach ist

das System „gleiche Leistung, aber ungleiche Entlohnung“ vorzugsweise in den Spinnereien anzutreffen. Es sind 26 solcher Fälle verzeichnet. Nicht viel kleiner ist die Zahl der Fälle in den Webereien: 24; auf Appreturen treffen 20 der obigen Angaben. In den übrigen Abteilungen (sonstige Branchen) sind noch sechsmal die bezeichneten Ungerechtigkeiten angeführt; es kommt hier hauptsächlich die Arbeit in Stunden-, Tage- und auch Alltagslohn in Betracht. — Die Uebersicht über die vorkommenden Fälle in den einzelnen Bezirken gibt ebenfalls zu denken. Die höchste Zahl der Ortsgruppen, welche über den bellagenswertesten Zustand berichteten, hat der Bezirk Barmen mit 10! Dann folgt Sachsen-Thüringen mit 9 Ortsgruppen; weiter Aachen und Bayern mit je 6, M.-Glabbach und Münster i. W. mit je 5, Hannover und Straßburg i. E. mit je 4 Ortsgruppen; die fehlenden Bezirke sind mit 3, 2 und 1 Ortsgruppe vorhanden. Man darf daraus mit Recht schließen, daß in der deutschen Textilindustrie womöglich überall Arbeiterinnen zu niedrigeren Löhnen an die gleiche Arbeit gestellt werden als Arbeiter. Anders ist es wieder mit den Angaben, welche die Branchen betreffen. Wir sehen da von 4 Bezirken überhaupt keine Bemerkung, während die Höchstzahl der Fälle (5) aus dem II. Bezirk kommt. Die Höchstzahl der Fälle in der Weberei weist der Bezirk IV (Barmen) auf; die übrigen Bezirke haben wesentlich weniger, 5 keine Angaben zu machen brauchen. Die Appreturbranche hat in Sachsen-Thüringen und in Münster i. W. mit 4 Fällen ihre größte Zahl erreicht; 8 Bezirke bleiben unter dieser Zahl, während wiederum 5 ohne Angabe sind. Aber ungleiche Bezahlung gleicher Arbeit in sonstigen Branchen haben dann noch 5 Bezirke mit zusammen 6 Fällen zu berichten.

Alles in allem ist also die Befürchtung, daß die Arbeiterinnen zu Konkurrentinnen der Arbeiter werden, nicht ganz grundlos. Es fragt sich nur, wer die größte Verantwortung dafür trägt: ob der Arbeitgeber, der die Arbeiterinnen möglichst auszunutzen sucht, — ob der Arbeiter, der die Unterschätzung der Arbeiterinnen ruhig mit ansieht und nicht zu begegnen sucht, — oder die Arbeiterin, die vielfach in großer Unerfahrenheit die Arbeit unter solchen Bedingungen annimmt oder, wohl in den allerersten Fällen, sich selbst für niedrigeren Lohn anbietet. — Die Verantwortung dieser Fragen bildet eine Abhandlung für sich. F. F.

Warum ist die Frau Gegnerin des Verbandes?

Wer hätte nicht schon in der Agitation oder sonst im gewerkschaftlichen Leben von manchen Männern den Einwand gehört, „meine Frau ist Gegnerin vom Verband“. Wenn die Männer bedenken würden, welche ein mögliches Zeugnis sie sich mit diesem Einwande ausstellen, dann würde er nicht so häufig geltend gemacht. Ein Familienvater, der besorgt ist um die Zukunft der Seinigen, der wird auch sicher ein „lebendiges“ Glied sein in unserer Gewerkschaftsbewegung, weil er weiß, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung dahin strebt, dem Lohnarbeiterstande den Platz einzuräumen, der ihm gleich anderen Schichten der Bevölkerung in unserem heutigen Leben zukommt.

Das schwerste Geschick, das über eine Familie hereinbrechen kann, ist wohl die Zeit der Krankheit oder der Arbeitslosigkeit des Ernährers. In all diesen Fällen ist die Organisation eine Stütze, die nicht nur der Mann, der Ernährer der Familie, sondern auch die Frau, als die Wirtschaftlerin, dankbar begrüßen wird. Darum können auch ganz besonders unsere Frauen nicht Gegner der Organisation sein, wenn nicht die Männer zum Teil selbst die Schuld tragen. Manche Männer aber schieben die Schuld auf die Frauen, weil sie sich gerne am Beitragszahlen oder am Versammlungsbesuch vorbeidrücken wollen; weil sie aus falscher Gemütslichkeit sich gern jedes Opfer, jede gewerkschaftliche Arbeit vom Halse halten möchten. In solchen Fällen ist es ja gewiß leicht, aber doch weniger ehrlich, die eigene Schuld auf das Konto anderer zu setzen. Dann aber zeugt es auch von wenig Selbstständigkeit, von wenig Manneskraft, wenn in solchen Fragen die Frauen ausschlaggebend sind. In den allermeisten Fällen aber ist nicht der „Pantoffel der Hausfrau“, sondern die Interessenlosigkeit der Männer das Hauptübel. Die Frauen am häuslichen Herd bekümmern sich in der Regel weniger um die vielen wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit. Wenn die Männer es nicht verstehen, den Organisationsgedanken in die Familienkreise hineinzutragen, wenn sie niemals etwas aus einer Versammlung berichten, nichts interessantes aus dem Verbandsorgan vorlesen und erklären können, wenn sie zu Hause überhaupt nie über die Organisation sprechen, dann ist es begreiflich, daß die Frauen wenig oder gar nichts von der Organisation verstehen. Wenn der Mann aber selbst keine Versammlungen besucht, keine Zeitungen liest, selbst vielleicht wenig Bescheid weiß, dann kann man der Frau nicht verdenken, wenn sie den Verbandsbeitrag als weggeworfenes Geld betrachtet. In solchen Fällen wird die Frau nur durch den Vertrauensmann, der die Beiträge einzieht, an die Organisation erinnert, dann kann es leicht vorkommen, daß mal ein unbedachtes und mürrisches Wort gesprochen wird.

Die Hausfrau und Mutter ist es, welche die Kinder zu erziehen hat, die sie schon früh über die verschiedenen Gefahren und Vorurteile unserer heutigen Zeit aufklären soll, deshalb müssen wir ganz besonders auch die Frauen für unsere Bewegung zu gewinnen suchen. Wie viele jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen könnten unserer Bewegung mehr zugeführt werden, wenn wir unter den Frauen mehr Mitarbeiter hätten.

Mit allen Mitteln bemüht sich die Sozialdemokratie, die Frauen für ihre Bewegung zu gewinnen. Die „freien“

Gewerkschaften haben ihre weibliche Mitgliederzahl im Jahre 1911/12 um 18,4 Prozent gesteigert. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband hat allein über 45000 weibliche Mitglieder, von denen gewiß ein großer Teil verheiratete Frauen sind. Angesichts dieser Tatsache ist es doppelt notwendig, daß unsere Frauen mehr und mehr für die christliche Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden müssen. Auch bei unseren Gegnern ist der Organisationsgedanke nur allmählich von den Männern auf die Frauen übergegangen. Der Ruf nach Aufklärung unter den Frauen ist auf unserer Seite sehr wohl am Platze. Unseren Männern muß einmal allen Ernstes gesagt werden, daß sie selbst einen großen Teil Schuld tragen, wenn die Frauen der Bewegung Schwierigkeiten bereiten, statt sie zu fördern. Der Mann ist es, welcher im Familienkreise für Aufklärung zu sorgen hat, er trägt die Verantwortung, ob seine Frau unserer Sache sympathisch oder ablehnend gegenübersteht. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, daß manche Männer etwas mehr als bisher mittheilen, den Gewerkschaftsgedanken in unsere Frauen- und Familienkreise hineinzutragen.

Eine Rundgebung unseres holländischen Bruderverbandes.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Holland leidet noch sehr unter den Nachwirkungen des in diesem Jahre ergangenen Verbotes des Erzbischofs von Utrecht und des Bischofs von Hertogenbosch, wonach die katholischen Textilarbeiter nicht dem interkonfessionellen Textilarbeiterverband „Unitas“ angehören dürfen. Die „Unitas“ ist infolge dieses Verbotes außerordentlich geschwächt worden und hat nacheinander zweimal vor einschneidenden Reformen des ganzen Verbandswesens gestanden. Was die ausgetretenen katholischen Mitglieder anbelangt, so haben sie sich teilweise, wie früher erwähnt, zu Sparvereinigungen zusammen getan, um sich im Falle von Streiks und in den Wechseljahren des Lebens die Wohlthat der gegenseitigen Unterstützung zu sichern. Dabei scheiterte es einweilen bleiben zu wollen. Am 7. September dieses Jahres in Enschede die Mitglieder und die Ex-Mitglieder der „Unitas“-Bundes zusammengetreten und haben eine Erklärung verfaßt, die auch den betreffenden Bischöfen zugesandt worden ist. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

1. Für die Wahrung der sozialökonomischen Interessen des Arbeiterstandes ist eine kräftige nationale Berufsorganisation notwendig. Wegen des internationalen Charakters der modernen Industrie muß die Organisationsbewegung in unmittelbarer Beziehung mit den Organisationen anderer Länder stehen.

2. Im Hinblick auf die sozialdemokratische Tendenz und das vielfach antireligiöse Auftreten der früheren sogenannten neutralen Organisationen waren die christlichen Textilarbeiter gezwungen, getrennt von den Sozialdemokraten und Anarchisten, selbständige Organisationen zu gründen, in denen, unter vollständiger Wahrung ihrer Grundsätze, für die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft und zugleich für die Hebung des Standes gewirkt werden kann.

3. Zur Zeit ihrer Entstehung haben diese Organisationen den beiden Konfessionen Rechnung getragen und für jede Konfession eine besondere Organisation geschaffen. Fünf Jahre lang haben wir mit der protestantischen Organisation föderativ zusammengearbeitet und praktische Erfahrungen gesammelt. Nach unserer praktischen Erfahrung zu urteilen, ist diese föderative Zusammenarbeit, die jetzt — aus theoretischen Gründen — den christlichen Textilarbeitern wieder empfohlen wird, nicht sehr fruchtbar gewesen.

4. Wir haben also ehrlich die Probe gemacht. Aber die natürliche Entwicklung und das natürliche Wachstum der Berufsorganisation der christlichen Textilarbeiter forderte im Laufe der letzten zwanzig Jahre eine festere Verbindung der christlichen Textilarbeiter auf dem Boden des Berufsverbandes. Unserer Meinung nach kann nicht gut auf einmal mit stichhaltigen Gründen von ihnen gefordert werden, daß sie nunmehr, unter Nichtbeachtung der früher gemachten Erfahrungen, aufs neue und von vorne an mit der Gründung neuer Berufsorganisationen beginnen.

5. Mit desto mehr Grund meinen wir dagegen Einspruch erheben zu müssen, weil in dem 16jährigen Bestehen des Niederländischen Christlichen Textilarbeiterbundes „Unitas“ auf dem Gebiete der Berufsorganisation durch diese Organisation nichts unternommen worden ist, was als ein Verstoß gegen Religion oder Moral angesehen werden könnte. Außerdem darf als feststehend betrachtet werden, daß die christlichen Grundsätze der Gerechtigkeit und der Liebe, die bei der Zusammenarbeit christlicher Berufsorganisationen immer beachtet werden müssen, sowohl von den Katholiken als von den Protestanten tatsächlich beachtet worden sind. Darum sehen wir auch für die Zukunft keine Schwierigkeit darin, diese Zusammenarbeit fortbestehen zu lassen. Die Berufsorganisation wirkt nie anders als öffentlich; jeder kann also kontrollieren, ob stets in Uebereinstimmung mit den christlichen Grundsätzen gehandelt wird. Mißtrauen braucht gar nicht zu bestehen. Das Ehrgefühl, das wir als christliche Arbeiter besitzen, müßte aber schon eine genügende Gewähr dafür sein, daß wir in der christlichen Berufsorganisation keine Aktionen unternehmen und keine Beschlüsse fassen, die Gefahren für die Religion und für die Sitten heraufbeschwören. Wenn es anders wäre, dann hätten wir wohl in den sogenannten neutralen Organisationen bleiben oder uns wieder bei ihnen anschließen können.

6. Obwohl wir uns nicht für befugt erachten, alle Fragen religiöser und sittlicher Art, die mit der Arbeiter-

Bewegung aufs engste verbunden sind, zu behandeln, wünschen wir doch den Nachdruck darauf zu legen, daß gerade in der Zeit, wo der christliche Bund „Unitas“ am stärksten war, die katholischen Arbeitervereine blühten. Und obwohl nicht bis ins einzelne über den gegenwärtigen Stand dieser Vereine unterrichtet, dürfen wir doch feststellen, daß der damalige Zustand sich sehr günstig von dem gegenwärtigen abhob. In dieser Beziehung sei noch darauf hingewiesen, daß die früheren katholischen Mitglieder der „Unitas“, trotzdem sie der Vorschriften der Bischöfe nachgekommen sind und die „Unitas“ verlassen haben, Verteidiger und Freunde der „Unitas“ geblieben sind und daß sie auch jetzt noch Freunde der katholischen Arbeitervereine sind, die sie gleichfalls infolge Anordnung der Bischöfe haben verlassen müssen.

Außerdem meinen wir auch imstande zu sein, über die Frage urteilen zu können, inwieweit durch das Bestehen und Wirken der „Unitas“ Wünsche befördert oder geschlossen worden sind. Ein darauf abzielender Vorwurf wird in der Bekämpfung des Bundes öfters erhoben. Wir haben über diese ernste Frage eine ernste Untersuchung eingeleitet. Die Folge der Untersuchung ist gewesen, daß uns keine einzige Mißgabe nachgewiesen werden konnte, die durch das Bestehen oder die Wirksamkeit des Bundes zustande gekommen wäre.

7. Indem wir auf all dies die Aufmerksamkeit hinlenken, meinen wir, dem Wunsche Ausdruck geben zu dürfen, im Interesse der Berufsorganisation der Textilarbeiter in Holland mögen die hochwürdigen Herren Bischöfe das „Unitas“-Verbot wieder aufheben.“

Allgemeine Rundschau.

Der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands veröffentlicht sieben den Bericht über das vergangene Verbandsjahr 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Entwicklung des Verbandes eine befriedigende war. Die Mitgliederzahl stieg um 505, von 3945 auf 4450. Die Einnahmen betrugen 77 224,57 M. gegen 61 321,15 M. im Verbandsjahre 1910/11. 71 943,75 M. wurden an Mitgliederbeiträgen aufgebracht, an Aufnahmegebühren 2023,50 M. Für Unterstützungen wurden seitens der Hauptkassse 13 213,04 M. gezahlt. 18 062,83 M. verblieben den Ortsgruppen für lokale Zwecke. Die Ausgaben für Verbandsorgan und sonstige Bildungszwecke beliefen sich in der Berichtszeit auf 94 73,78 M. Das Verbandsvermögen konnte von 37 525,74 auf 51 527,74 M. gesteigert werden. Infolge des für das Malergewerbe bestehenden Reichstarifvertrages war das Berichtsjahr in bezug auf Lohnbewegungen verhältnismäßig ruhig. Ein länger dauernder Streit und mehrere kleinere Bewegungen mußten zwecks Durchführung dieses Vertrages geführt werden. Die Genehmigung zur Verhängung von Sperren über Firmen, die Schmutzkonzurrenz verübt hatten, wurde in 15 Fällen erteilt. Die meisten dieser Sperren konnten mit Erfolg durchgeführt werden. Vier neue Tarifverträge örtlicher Art gelangten in der Berichtszeit zum Abschluß. Der Verband ist zur Zeit eifrig mit Vorarbeiten für den Neuabschluß des Reichstarifvertrages, der am 15. Februar 1913 abläuft, beschäftigt. Es handelt sich für ihn nicht nur darum, zeitgemäße Reformen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Vielmehr gilt es auch, die sich immer mehr

bemerkbar machenden Monopolgelüste der sozialistischen Organisationen abzuwehren. Im Interesse aller auf christlich-nationalem Boden stehenden Malergehilfen liegt es daher, durch Beitritt die Position des christlichen Malerverbandes zu stärken.

Ein altes Schmerzenskind. Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie hatte sich auch wieder mit der Frage der Waiseier zu befassen. Der Beschluß des vorigen Parteitages zu Nürnberg, der die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, verpflichtete, einen Tagesverdienst an die Partei- und Gewerkschaftskasse abzugeben, hat viel böses Blut gemacht. Die betroffenen Genossen suchten sich auf alle mögliche Weise um den Beschluß herumzudrücken. So berichtete der Referent zu dieser Frage, Genosse Pflanz, daß nur aus einem Bezirk eine ziemlich befriedigende Antwort über die Durchführung des Beschlusses vorliege. Unter den in den Parteidruckereien beschäftigten Buchdruckern habe sich eine förmliche Organisation gegen die Ableistung des Tagesverdienstes gebildet. Die schärfsten Mittel hätten angewandt werden müssen, um die Betreffenden an ihre Parteipflicht zu mahnen. Gewerkschaftsangehörige haben am „Weltfeiertag“ gearbeitet, Konsumvereinsleitungen ihre Läden geöffnet, alles nur, um die Möglichkeit zu haben, sich um den Beschluß herumzudrücken und die paar Märkte zu sparen. Um des lieben Parteifriedens willen sah sich denn die Parteileitung genötigt, ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, einem Antrag auf Aufhebung dieses unglückseligen Beschlusses keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Aufhebung wurde dann auch vom Parteitag beschlossen. Nun entstand aber ein Streit darüber, ob ein vor Aufhebung des Beschlusses eingegangener Antrag, den Nürnberger Beschluß dahin zu ändern, daß er nur für die Angestellten der Partei und Gewerkschaften gilt, noch zur Abstimmung kommen könne. Schließlich löste sich aber der Streit in Wohlgefallen auf. Man erinnerte sich, daß nächstes Jahr der erste Mai auf einen Feiertag fällt und somit mit Maßregelungen und damit auch mit größeren Unterstützungssummen nicht zu rechnen sei. Der erwähnte, wie auch zwei weitere noch eingegangene Anträge zur Waiseier wurden darum dem nächsten Parteitag überwiesen. So wird sich auch dieser wieder mit der „Weltfeiertagsfrage“ zu befassen haben. Ob die Genossen nicht bald einsehen, wie sehr sie sich durch den fortgesetzten Kampf um diese „weltbewegende“ Frage der Lächerlichkeit preisgeben?

Allerlei Interessantes vom Züricher Generalstreik. Wir haben seinerzeit über die rote „Kulturkat“ in Zürich ausführlich berichtet und damals schon betont, daß die Arbeiter die Geschädigten sein werden. Das ist buchstäblich eingetroffen. Nun sind aber in letzter Zeit noch einige Einzelheiten bekannt geworden, die das Verhalten der sozialdemokratischen Züricher Stadträte in einem recht eigenartigen Lichte erscheinen läßt. Wie haben unsere Genossen seinerzeit nicht geschimpft, weil der christliche Bergarbeiterverband beim Bergarbeiterstreik ausreichenden Schutz gegenüber dem roten Terror verlangte. In Zürich nun sind sogar die sozialdemokratischen Stadträte für das Militäraufgebot eingetreten. Der Beschluß des Stadtrats lautete: „Der Stadtrat war einstimmig der Ansicht, daß es unter den gegebenen Umständen notwendig sei, die Polizei durch Militär zu verstärken, da, falls tatsächlich eine Ausperrung erfolgen sollte, die Ruhe und Ordnung anders

nicht mehr aufrechtzuerhalten wäre. Der Stadtrat erachtet auch den Erlaß eines Verbots des Streikpostens, stehens und von Unsammlungen auf öffentlichem Grunde im ganzen Stadtgebiet bis auf weiteres, unter Androhung von Polizeibüße, für geboten, in der Meinung, daß Ausländer, die dem Verbot zumwiderhandeln, überdies die Ausweisung zu gewärtigen hätten.“

Also einstimmig wurde vorstehender Beschluß gefaßt. Von den insgesamt neun Stadträten sind aber vier Sozialdemokraten. Das besagt genug.

Aber nicht nur für das Militäraufgebot und für das Verbot des Streikpostens, auch für die Entlassung resp. Zurückversetzung von 75 am Generalstreik beteiligten städtischen Arbeitern sind die erwähnten sozialdemokratischen Stadtverordneten eingetreten. Im Bericht des Stadtrats heißt es hierüber:

„Von der Verwaltungsabteilung des Baumeisters II, welche besonders verantwortungsvolle Betriebe in sich schließt, wurde eine Reihe von Anträgen auf Entlassung, Rückversetzung und andere Disziplinarstrafen gestellt. (Vorstand des Baumeisters ist der Sozialdemokrat Klöti, D. R.) Der Stadtrat unterzog diese Anträge in seinen Sitzungen vom 20., 24. und 27. Juli einer sorgfältigen Prüfung und gelangte nach Durchsicht der Akten und unter Erwägung aller Umstände am 27. Juli mit Einstimmigkeit dazu, 13 Entlassungen, 58 Rückversetzungen und 3 weitere Disziplinarstrafen auszusprechen, beim Straßeninspektorat 1 Entlassung und 1 Rückversetzung, beim Gaswerk 5 Entlassungen und 7 Rückversetzungen, bei der Wasserwerk 1 Entlassung und 9 Rückversetzungen, beim Elektrizitätswerk 4 Entlassungen und 22 Rückversetzungen, bei der Straßenbahn 2 Entlassungen und 14 Rückversetzungen, bei der Materialverwaltung 5 Rückversetzungen.“

Also auch hier wieder wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt. Man sieht daraus, daß die Genossen dann, wenn sie sich in verantwortungsvollen Stellen befinden, unter Umständen zur Wahrung der kommunalen und staatlichen Autorität, ebenso scharf vorzugehen verstehen wie bürgerliche Behörden auch.

Zweifelhaftige Bildungsergebnisse. Die Sozialdemokratie wird nicht müde, ihre Volksbibliotheksbestrebungen und Aufklärungsarbeit zu rühmen. Welche Erfolge dieselben zeitigen, geht aus einer Jeremiade der roten „Holzarbeiter-Zeitung“ deutlich genug hervor, in welcher es wörtlich heißt:

„An beiden (anknädiges Benehmen und Wissen) fehlt es zumal bei unseren jüngeren Mitgliedern sehr. Sie fassen die Zugehörigkeit zur Organisation so auf, daß sie glauben, frech sein zu müssen wie eine Wanze. Diese Frechheit erstreckt sich nicht nur in die Werkstatt, sondern überall, gegen Weiler und Nebenarbeiter, gegen Kollegen in und außer der Versammlung. Steht man so einen Kollegen an und betrachtet ihn näher oder stellt ihm einige Fragen, dann gewinnt man die Ueberzeugung, daß er oft nur ein dummer Blauderer ist, der ohne jegliche Gefahrung seinen Schnabel überall dreinmischt.“

Das ist nun nicht zu verwundern, wenn man weiß, daß durch die sozialdemokratischen Volksbibliotheken sehr viel elender Schund Verbreitung findet. Ferner ist es Tatsache, daß gerade der schlimmste Schund am meisten gelesen wird. Der Verwalter der sozialdemokratischen Bibliothek in Leipzig, ein Genosse Henning, hat in einer Schrift: „Zehn Jahre Bibliotheksarbeit“ sehr interessante Angaben darüber gemacht, welche geistige Kost in der Sozialdemokratie bevorzugt wird:

„Gelesen wurden Zolas Romane 77—122 mal, Beyerlein: Jena und Sedan 180 mal, Maupassant: Pariser Abenteuer 103 mal. Die meist gelesenen „Geschichtswerke“ sind: Corvin: Der Pfaffenpiegel 175 mal, Bloß: Geschichte der französischen Revolution 131 mal, Gefährte Häupter 129 mal, Fischer:

„Noch ein Jahr!“

Eine Illustration zur Frage der Alterspensionen.
Von S. E.

Es schien ein Fremder zu sein, der da an einem Augusttage eilig und juchenden Schrittes durch eine der Straßen der Arbeiterkolonie des aufblühenden Industrieortchens B. einherschritt.

Ein Fremder war unser Wandersmann nun am Ort nicht, aber es waren jetzt beinahe 14 Jahre verflossen, seit Franz Schulz, so hieß nämlich der junge Mann, die Heimat zum letzten Male gesehen hatte. Eine Arbeiterkolonie konnte man zu jener Zeit noch nicht, und so ist es begreiflich, wenn Franz Schulz heute in der Heimat den Anschein eines Fremdlinges erweckt.

Ein freudiger Anlaß, die Vermählung seines einzigen Bruders war es, der ihn damals in die Heimat eilen ließ. Auch heute war er eilig. — Er mußte eilen, so schrieb wenigstens seine Schwägerin Johanna, wenn er seinen Bruder noch einmal sehen wollte. Dann kam gestern in aller Eile dieses Telegramm: „Komme sofort, Johanna.“

Welcher Gegeßatz zwischen damals und heute. Franz war dann auch in aller Eile aufgebrochen und sein Herz, das warm für seinen einzigen Bruder und dessen Angehörige schlug, fränkte sich dagegen, zu glauben, daß ihm der Tod auch den Bruder rauben werde.

Aber wenn er wirklich sterben sollte? Ein häßlicher Gedanke. Sieben Wochen — arme Kinder. Wie wohl Johanna den Schlag ertragen würde? Gottlob, in materieller Hinsicht war wenigstens für sie gesorgt. Sein Bruder Karl mußte nach seiner Berechnung jetzt reichlich zwanzig Jahre auf dem Hüftenwerk beschäftigt sein und hatte damit ein Anrecht auf Pension für sich oder bei seinem Tode für seine Hinterbliebenen erworben. Gott sei Dank, daß in diesem Falle nicht auch noch das Geheiß der Armut an ihre Türen klopfte.

Das waren so die Gedanken, die ihn auf der langen Eisenbahnstrecke bis hierher beschäftigt hatten.

Er war angelangt. Hastig stieg er die wenigen Stufen zur Haustür empor. Ein Schild mit der Aufschrift: „Karl Schulz“ zeigte ihm die Wohnräume, und lautes Weinen, das ihm aus dem Innern des Zimmers entgegenhallte, ließen ihn das Schlimmste befürchten. — Sollte er doch noch zu spät gekommen sein? — Sein Koffer schien man nicht zu hören. So trat er ein. Niemand da. Doch, aus dem hinteren Zimmer Klang verhaltenes Schluchzen. Aber dort in der Wiege, wie lieblich, zwei herzige Säuglinge. Vier Monate mußten die Zwillinge jetzt alt sein. Er beugte sich über sie und schaute sie traurig an.

Nachdem er Hut und Ueberzieher abgelegt, öffnete Franz die Tür zum nächsten Zimmer. — Ein Blick genöte, um ihm zu zeigen, daß er zu spät gekommen sei, um seinem einzigen Bruder nochmals die Hand zu drücken und für diese Welt von ihm Abschied zu nehmen. Tränennden Auges betrat er das Sterbezimmer, um Zeuge einer ergreifenden Szene zu sein. Laut weinend hatte die Gattin des eben aus der Welt abgerufenen Satten umschlungen. „Karl“, rief sie ihn beim Namen, daß es wohl einen Toten erbarmen konnte, „Karl, so kannst, so darfst du nicht von mir, von unseren Kindern gehen, o Karl, noch einmal schlag die Augen auf, noch einmal sprich zu uns, noch einmal sieh uns an. Karl, denk an unsere Kinder. Wenn du sterben willst, dann nimm uns alle mit.“ Eine Ohnmacht erlöste sie für kurze Zeit von ihrem Jammer.

Auch Franz überließ sich jetzt dem Schmerze um den verstorbenen Bruder.

Später suchte er, das Herz selbst voll Jammer, seine Schwägerin zu trösten. Du bist doch nicht allein, du hast doch die Kinder. Und um deine Existenz brauchst du auch nicht zu sorgen, du bekommst ja die Pension vom Hüftenwerk.

Aber bald mußte Franz aus der Rede Johannas entnehmen, daß es mit der Pension nicht stimmte. Er mußte sich überzeugen lassen, daß sein Bruder nicht zwanzig, sondern erst neunzehn Jahre auf dem Hüftenwerk beschäftigt war und somit noch ein Jahr fehlte, um die Bedingung zu erfüllen, die zum Bezug einer Rente berechtigigte. — Arme Johanna!

„Aber,“ so meinte er zu ihr gewendet, „vor der ersten Not bist du ja gerührt, denn man wird dir doch auf jeden Fall die bis heute eingezahlten Beiträge zurück-erhalten.“

„Ja, Franz, wenn das wäre, dann natürlich wären wir vor der ersten Not gerührt, aber ich bekomme nichts, rein gar nichts zurück. Sogar die Wohnung hier muß ich räumen, um einem anderen Platz zu machen. Erst im vergangenen Jahre hatten wir hier denselben Fall. Man sagte damals dieser Frau, deren Mann siebzehn Jahre hier tätig war: Sie sei noch jung, sie möge wieder heiraten. Jedem sein einzogehaltes Geld zurückzahlen, sei nicht möglich, weil sonst die Lebensfähigkeit der Waise überhaupt in Frage gestellt würde. Undernfalls aber könne man ihr eine Stelle zum Waschen und Putzen nachweisen.“

„Die Frau hat gewaichen und gebuhrt, bis der Gram und die Anstrengungen sie letzte Woche ebenfalls aufs Krankenlager warfen. Vorgekern hat man sie zu Grabe getragen, ihre Kinder sind im Waisenhaus.“

Laut aufschluchzend umfaßte Johanna ihre Zwillinge fester. „O, meine armen Kinder.“ Franz tat, was man in solchen Fällen als seine vornehmste Pflicht betrachtet, er verschloß den Schmerze um den einzigen Bruder in seinem Innern und war nach Kräften bemüht, seine Schwägerin aufzurichten und auf die große Aufgabe, die ihrer harrte, vorzubereiten. Er blieb einige Tage länger, um ihr bei allem behüßlich zu sein. Aber auch ihn rief gar bald die Pflicht seines Berufes.

Wie schmerzlich war der Abschied. „Johanna, sei stark,“ sagte er, „um der Kinder willen, auf mich kannst du immer zählen.“

Dann war auch er gegangen. Bei ihr folgten noch einige Tage des fassunglosen Schmerzes und tiefen Hinbrütens. Und dann? Dann ging sie waschen und putzen, die Kinder der Obhut mitleidiger Nachbarn überlassend und teilte so das Los von siebzig Prozent aller Frauen, die einen Mann heiraten, der in der schweren Industrie beschäftigt ist.

Probenächte deutscher Bauernmädchen 106 mal, Sassenbach: Freimaurerei 80 mal, König: Ausgebirten des Menschenwahnnes 75 mal, Sassenbach: die h. Inquisition 65 mal, König: Schwarze Kabinette 61 mal, Ingram: Geschichte der Sklaverei 52 mal, Fuchs: Geschichte der Karrikatur der europäischen Völker 51 mal, Braß: Berliner Barrikaden 47 mal.

Der größte Teil dieser Bücher sind tendenziöse, ekelhafte Schmugwerke. Wer das Volk aber bilden will, darf nicht darauf sehen, daß es liest, sondern was es liest. Von diesen Gesichtspunkte aus schreibt das Vörsenblatt für den deutschen Buchhandel (Nr. 193 1912) zu vorstehendem Ergebnis sozialdemokratischer Bibliotheksarbeit:

„Ob nach dieser Liste die sozialdemokratische Partei allerdings noch Ursache hat, wie bisher ihrer Volksbildungs- und Aufklärungsarbeit sich zu rühmen, wird man mit einigem Rechte bezweifeln.“

Dieses Urteil muß noch verschärft werden, wenn man ergänzend erwähnt, daß der „Vorwärts“-Verlag eines der schmutzigsten Tendenzwerke herausgibt und mit großer Raffine verbreitet, nämlich Rosenow's: „Wider die Pfaffenherrschaft“, das selbst von der sozialdemokratischen „Münchener Post“ (Nr. 149 1904) als literarisch wertlos, sittlich empörendes, antwiderndes Nachwerk preisgegeben wurde. Für dieses Sudelwerk aber hatte der „Vorwärts“-Verlag laut Prospekt schon Ende vergangenen Jahres 400 000 (vierhunderttausend) Mark aus den Taschen des Volkes herausgelogen. Das nennt sich dann „Volksbildung“ und „Kulturarbeit“!

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind Dieben und Räubern gleich zu achten! Zu den unverföhlichsten Gegnern der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gehört der Saarbrücker Handelskammerpräsident Dr. Alexander Tille. In der von ihm redigierten „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ führt er einen beständigen, maßlos heftigen Kampf gegen den aufstrebenden Arbeiterstand wie gegen jeglichen sozialen Fortschritt. Hier hat Tille das verheerende Wort geprägt, die Menschenrechte gehörten in die Kumpellammer. Wer für die wirtschaftlich Schwachen gesetzlichen Schutz und wirtschaftliche wie staatsbürgerliche Gleichberechtigung verlangt, ist nach Tille ein Klassenmoralist, der soziale Staat ist ihm Klassenstaat. Das Streben der organisierten Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage nennt Tille Erpressung. Auch die katholischen und evangelischen Arbeitervereine werden zu dieser „Erpressergesellschaft“ gerechnet. Der Zweck der Gewerkschaften: Verbesserung der Lage der Arbeiter, hat Herrn Tille derartig in Erregung versetzt, daß er die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit Dieben und Räubern in Vergleich stellt. Tille schreibt nämlich in seiner „Südwestdeutschen Wirtschaftskorrespondenz“ (Nr. 23 1912) folgendes:

„Ich behaupte, der Dieb und der Räuber, sie gehen beide auch „auf Verbesserung ihrer Lage“ aus... Wenn die Verbesserung ihrer (der Arbeiter) Lage bei dem verbrecherischen Mittel der Erpressung ein Entschuldigungsgrund sein soll, dann wird sie es auch beim Diebstahl und Raub sein müssen.“

Mit solchen Auslassungen kennzeichnet sich der Verfasser selbst. An derartigen Ausbrüchen schamloser Fanatismus hat schließlich nur die Sozialdemokratie Freude und Nutzen, denn für ihre Agitation ist das Wasser auf die Mühle. Im übrigen ist es sehr bezeichnend, daß ein Mann mit Anschauungen wie Dr. Tille ein eifriger Freund und Förderer der Gelben, im Saargebiet der geistige Vater der gelben Werkvereine ist, denen er auch ihre neue Bezeichnung: „wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung“ gegeben hat.

Die Streikhäufigkeit in den einzelnen Industriezweigen. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik der Streiks und Ausperrungen ermöglichen einen allgemeinen Ueberblick, welchen Umfang die Ausstandsbebewegung in den einzelnen Branchen während des letzten Jahrzehnts angenommen hat und wie groß demnach das Risiko der Betriebsunterbrechung durch Arbeitseinstellungen in den einzelnen Industrie- und Gewerbebezügen ist.

Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten in den wichtigeren Industriezweigen betrug in Tausenden

Table with 5 columns: Branche, 1902, 1904, 1906, 1908, 1910, 1911. Rows include Metallverarbeitung, Maschinenindustrie, Baugewerbe, Textilindustrie, Holzindustrie, Bekleid.-u. Reinigungsgew., Industrie d. Steine u. Erden, Nahrungsmittelind., and Samml. Gewerbegruppen (außer Bergbau).

In dem Zeitraum 1902-11 wurden gezählt:

Table with 4 columns: in der Branche, Streikende, Ausgesperrte u. Ausgesperrte im Jahresdurchschnitt, Demnach Streikende u. Ausgesperrte im Jahresdurchschnitt. Rows include Baugewerbe, Bergbau, Maschinenindustrie, Metallverarbeitung, Textilindustrie, Holzindustrie, Bekleid.-u. Reinigungsgew., Ind. d. Steine u. Erden, Nahrungsmittel- u. Genussmittelindustrie, and Chemische Industrie.

Deutlicher tritt das Streikrisiko der einzelnen Branchen hervor, wenn man die vorgenannten Durchschnittszahlen

der an Arbeitseinstellungen Beteiligten in Beziehung setzt zu der Gesamtzahl der Arbeiter des betreffenden Industriezweiges. Es zeigt sich dann folgendes Bild:

Table with 4 columns: Branche, Jahresdurchschnitt der Streikenden und Ausgesperrten, Beschäftigte Arbeiter nach der Berufsstatistik von 1907, Streikende und Ausgesperrte in Proz. der beschäftigten Arbeiter. Rows include Baugewerbe, Maschinenindustrie, Bergbau, Metallverarbeitung, Holzindustrie, Textilindustrie, Lederindustrie, Chem. Industrie, Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe, Industrie der Steine und Erden, Papierindustrie, Ind. der Leuchtstoffe, Seifen und Fette, Nahrungs- u. Genussmittelindustrie, and Polyr. Gewerbe.

Nach dieser Aufstellung sieht die Textilindustrie, sowohl was die Streikhäufigkeit als auch das Anwachsen des Streikes in dem letzten Jahrzehnt anbelangt, an fünfter Stelle.

Die Arbeiterorganisationen helfen die Gesetze durchzuführen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben wiederholt darüber Klage geführt, daß ein Teil der Arbeitgeber die Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft zu umgehen sucht. Ohne die Mitarbeit und Hilfe der Arbeiterorganisationen wäre es in solchen Fällen äußerst schwer, die Durchführung und Beachtung dieser Gesetze zu erreichen. Diese Tätigkeit der Arbeiterorganisationen hebt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Frankfurt a. d. Oder in seinem Bericht für das Jahr 1911 besonders hervor. Er schreibt:

„Bei Beurteilung der Angelegenheit muß berücksichtigt werden, daß eine regelmäßige Aufsichtstätigkeit über die Durchführung der Bestimmungen kaum möglich ist. Zuwendungen werden im allgemeinen wohl nur durch Anzeigen aus Arbeiterkreisen zur Kenntnis der Aufsichtsbeamten gelangen. Angesichts des bedeutsamen Einflusses der Arbeiterorganisationen im Bezirk ist außerdem damit zu rechnen, daß die organisierten Arbeiter die Durchführung dieser Bestimmungen hier ebenso scharf überwachen werden, wie das bezüglich anderer Gesetzesvorschriften schon bislang geschah. So wird wohl auch hier im Wege der Selbsthilfe aus der Arbeiterschaft dem Gesetze Beachtung werden.“

Die „Gelben“ als Parasiten und Blutausfänger.

Einer der eifrigsten Förderer der „gelben“ Arbeitervereine, Herr Dr. Hovenich von der Hauptleitung des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, versendete unter dem Datum des 20. Juni 1912 ein Rundschreiben, welches zur richtigen Beurteilung der „Gelben“ von größtem Werte ist. Das für die „Gelben“ äußerst kompromittierende Dokument weist auf einen am 19. Mai in Gütrow abgehaltenen Mecklenburgischen Bauverbands-tag des Bundes vaterländischer Arbeitervereine hin. Aus dem Protokoll sei zu ersehen, „daß leider in die vaterländischen Arbeitervereine — und vermutlich wird es in den Werkvereinen nicht anders sein — sich zahlreiche Elemente einschleichen, die möglichst wenig für die Sache selbst opfern, dagegen möglichst viel an finanzieller Unterstützung ergattern wollen“. Das erwähnte Protokoll, das in dem Rundschreiben wiedergegeben wird, enthält eine vernichtende Selbstkritik. Da heißt es:

„Mit äußerst scharfen Worten geißelte der Vorsitzende das Verhalten solcher Mitglieder, die möglichst keinen Pfennig Beitrag bezahlen, dafür aber möglichst viele Gelder aus dem Gewerbeverband und den Vereinen herausziehen möchten. Derartige Mitglieder, die er mit keinem anderen Namen wie „Parasiten“ und „Blutausfänger“ belegen könne, seien ein Krebsgeschwür für den Gewerbeverband und die Vereine, und es sei weit besser, wenn diese so schnell wie möglich unserer Bewegung den Rücken kehren, da sie uns nur ungeheuren Schaden zufügen.“

Hier bestätigen also die führenden Männer der „Gelben“ protokollarisch, zu welchen Resultaten die Erziehung und das Programm der „gelben“ Bewegung hinführen muß, und was alle Kenner der „gelben“ Bewegung, ohne als Propheten erscheinen zu wollen, mit guter Begründung voraussagen konnten. Von einer edlen Berufssolidarität, Scharfung der Standeshhre und Opferwilligkeit kann doch nach der ganzen Grundlage und Aufmachung der „Gelben“ keine Rede sein. Der größte Teil der Arbeiter ist den „gelben“ Vereinen beigetreten, ohne sich weiter Rechenschaft über das Unlogische ihres Tuns abzugeben, lediglich der materielle Vorteil zog sie an. Es ist interessant, diese Tatsache von führenden Herren in der „gelben“ Bewegung festgestellt zu sehen.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik. Die Notwendigkeit der Kolonialpolitik führt in der Parteitagsumnummer (18-20) der „Sozialistischen Monatshefte“ Max Schippel seinen „Genossen“ vor Augen, indem er schreibt:

„Die immer stärkere überseeische Anlage beweist, wie wenig uns die rein europäischen Produktionsquellen noch genügen, um unsere Industrien mit den nötigen Rohstoffen (Baumwolle, Wolle, Jute, Kautschuk, Kupfer, Gold, Zinn) und unsere ärmern und reichern Massen mit den unentbehrlichen Lebens- und Genussmitteln (Kaffee, Tee, Kakao, Rohrzucker für England und Amerika, Reis, Tabak, Gewürzen) zu versorgen. Und für diese höhere internationale Entwicklungstufe des Kapitalismus sollten wir kein Verständnis gewinnen können? Wir, die wir als Erben der heutigen Gesellschaft selber doch nur berufen sein würden, durch die

sozialistische Wirtschaftsordnung die Bedarfe nach diesen kolonialen Rohstoffen, Lebens- und Genussmittelzufuhren noch enorm zu steigern, weil jede höhere Lebenshaltung der Massen dies bedingt; wir sollten diese wirtschaftliche Entwicklungsnotwendigkeit nur als lächerliches Herrbild, als bloße, mit dem Kapitalismus selber wieder vorübergehende kapitalistische Verirrung und Niederträchtigkeit verstehen können? Wir sollten die unentbehrlichen Stufen zu unsern eignen Klassenaufstiegen zertrümmern wollen, weil — heute das Kapital sich dabei vermehrt, dabei nicht unbereichert bleibt? Ja, wenn wir die gleiche Höhe der Auffassung auf alle produktiven Fortschritte bei uns dasheim übertragen wollen, würde es dann noch denkende Arbeiter geben, die uns für fähig hielten, Wortführer ihrer Interessen zu sein?“

Daß eine solche gerade für die Arbeiter nachteilige „Höhe“ der Auffassung vom Wesen und der Notwendigkeit der Kolonialpolitik in der Sozialdemokratie besteht, beweist allein ein Blick in die sozialdemokratische Flugblattliteratur und Versammlungsberichterstattung.

Sozialdemokratische Berichterstattung. Es ist

einem jedem objektiven Leser der sozialdemokratischen Presse längst bekannte Tatsache, daß letztere ihre Parlamentsberichte gründlich zurechtfügt. Den Genossen wird systematisch suggeriert, daß gegenüber den sozialdemokratischen Rednern niemand aufzukommen vermöge. Wer kennt nicht jene immer wiederkehrenden Phrasen in den Berichten der genannten Presse, wonach jedesmal die Debatte dann ihren „Höhepunkt“ erreicht, wenn der Genosse redner das Wort ergreift. Diese Art der roten Berichterstattung hat nun der ehemalige national-soziale, jetzt freisinnige Abgeordnete Raumann kürzlich in der „Hilfe“ wie folgt glosiert:

„Wenn es doch möglich wäre, den sozialdemokratischen Massen einmal ihre eigenen Vertreter bei der politischen Arbeit zu zeigen! Die Parlamentsberichte der sozialdemokratischen Blätter sind krampfhaft bemüht, etwas von der Legende zu erhalten, daß im Reichstag immer atemlose Spannung herrscht, wenn ein mutiger Mann der ganzen bürgerlichen Gesellschaft die heuchlerische Maske vom Gesicht reißt und mit gewaltigen Peitschenblößen die Minister züchtigt. Das ist der Stil des guten, alten Liebtwech, der von den Prekominmissionen noch heute verlangt wird, weil das Volk ihn mit Vergnügen lesen mag. Aber wahr ist das alles nicht. Es gibt bei sozialdemokratischen Rednern so viel und so wenig Aufmerksamkeit wie bei anderen auch, je nach Geist und Gabe des einzelnen Redners. Man verfolgt mit Interesse die Feinchen Fichterfückchen, genießt Franz's wohlpräparierte Bosheiten, lacht über Ledebour's Witze, freut sich, wenn Nebel noch einmal aufsteigt. Das alles geht so natürlich zu und entbehrt so sehr der großen Dramatik, daß am nächsten Morgen der Bericht des „Vorwärts“ wie ein Stück aus einer anderen Welt ausfällt. Es ist die Uebersetzung des Parlamentarischen ins Agitatorische. Diese Uebersetzung wird ganz benutzt angefertigt. Es ist nur anzunehmen, daß die Leser es schon seit längerer Zeit im Gefühle haben, daß für sie der Ton anders eingestimmt wird. Man kann den Ton nicht vor Gericht stellen, d. h. man kann nicht am einzelnen Falle nachweisen, daß hier das Volk so behandelt werden soll, wie man sonst nur Prinzessinnen behandelt, indem man ihnen besondere Fesebücher zurechtmacht, aber wer die inneren Verhandlungen der Sozialdemokraten unter sich aufmerksam verfolgt, der ist nicht im Zweifel, daß die Nichternheit des sozialdemokratischen Parlamentarismus der Gegenstand vielfacher Sorge ist.“

Raumann gehört zu den Linksliberalen und steht somit der Sozialdemokratie ziemlich nahe. Seine Charakteristik über die Unwahrscheinlichkeit und Ausschneiderei der sozialdemokratischen Presse ist darum doppelt interessant.

Wann wird eine Sperre unfittlich? Oft schon

hat sich das Reichsgericht mit der Frage befaßt, ob Streiks, Boykotts, Berrufserklärungen und Sperren sittenwidrig sind und deshalb zum Schadenersatz verpflichten. Der Standpunkt des Reichsgerichts, der in der Hauptsache jetzt auch von den Untergerichten geteilt werden dürfte, geht dahin, daß solche Kampfeskittel, wie sie der heutige Wirtschaftskampf mit sich bringt, um ihrer selbst willen nichts Unerlaubtes darstellen. Zu einem Verstoße gegen die guten Sitten werden sie nur dann, wenn entweder die angewandten Mittel selbst an sich unfittlich sind (z. B. unwahre oder verheerende Darstellung der Beweggründe), wenn der dem Gegner zugefügte Nachteil so erheblich ist, daß er zu dessen wirtschaftlichem Ruine führt, oder wenn der mit dem Streik, dem Boykott oder der Sperre erstrebte Vorteil in keinem Verhältnis steht zu dem wirtschaftlichen Schaden, den der Gegner erleiden soll, oder wenn der beabsichtigte Erfolg selbst nicht mehr als berechtigtes Ziel anerkannt werden kann.

Vom Reichsgericht ist jetzt weiter eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg bestätigt worden, die besagt, daß eine verhängte Sperre einen berechtigten Zweck nicht mehr hat, wenn sie nur noch darauf gerichtet ist, einen widerstrebenden Unternehmer noch nachträglich zu strafen.

Es handelte sich in diesem Falle um die über einen Bau der Unternehmer B. und G. in Hamburg verhängte Bausperrre.

Beklagt war die Hamburger Ortsleitung des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Die auf dem Bau beschäftigten Steinträger hatten sich geweigert, mit nicht organisierten Kollegen zusammen zu arbeiten, und waren deshalb entlassen worden. Der Verband nahm sich der Entlassenen an und verhängte, obwohl die Steinträger ihre Ansprüche gegen die Unternehmer bereits in einem Verfahren vor dem Gewerbegericht anhängig gemacht hatten, nachträglich noch über den Neubau die Bausperrre, so daß der Bau, da infolge des Streiks der Steinträger auch die übrigen Bauarbeiten ruhen mußten, lange Zeit liegen blieb und die verhängte Sperre somit für die Unternehmer recht schlimme Nachwirkungen hatte.

Das Landgericht Hamburg hatte die Schadensklage der Unternehmer abgewiesen. Das Oberlandes-

gericht Hamburg aber gab den Klägern statt. An sich könne, so führte es aus, die verhängte Sperre noch nicht als unsittliches Kampfmittel angesehen werden. Es fehle ihr aber nach Lage der Sache an dem erlaubten Zweck. Ihr Zweck sei nur dahin gegangen, die Kläger für ihr Widerstreben nachträglich empfindlich wirtschaftlich zu strafen, nicht aber die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu erzwingen, die bereits ihre Ansprüche vor dem Gewerbeamt erhoben gehabt hätten. Eine solche nachwirkende Repressalie könne jedoch nicht als sittlich erlaubter Zweck einer Sperre angesehen werden.

In dem gleichen Sinne entschied, wie aus Leipzig berichtet wird, am 23. September das Reichsgericht, das die Revision des beklagten Verbandes als unbegründet zurückwies.

Aus unserer Industrie.

Die mit dem Tode ringende Handweberei im Schweißnher Bezirk.

In dem neuesten Jahresbericht der Schweißnher Handelskammer über die Lage der Leinen- und Baumwollweberei in Schlesien heißt es:

„Der Handweberei kann nicht mehr dauernd aufgeholfen werden. Wohl wird es noch nach Jahrzehnten alte Handwerker geben, die einen anderen Beruf nicht mehr ergreifen konnten, dagegen sollten junge Leute davon abgehalten werden, sich der Handweberei zuzuwenden, da durch die unaufhaltbare Erweiterung der mechanischen Betriebe die Handweberei immer mehr eingeengt wird. Das Todesurteil eines Jahrhunderts alten, einst hochentwickelten Gewerbes, das seine Angehörigen reich und vornehm machte, liegt in dieser knappen Feststellung unumstößlicher Tatsachen. Abermals kämpft ein Handwerkszweig, von dessen Bedeutung in der Blütezeit der Rünfte die vornehmen „Weberstraßen“ in den alten Sigen der Textilbranche noch heute Zeugnis geben, seinen letzten, seinen Lebenskampf. Und ein grausam Geschick will es, daß mit diesem Handwerkszweig zahlreiche Existenzen zugrunde gehen. Hunger und Elend bezeichnen den Weg, den solch ein Gewerbe dahingehet, ehe es sich ganz zum Sterben niederlegt. Hunger und Elend sind trotz aller staatlichen und privaten Hilfe auch das Los der armen schlesischen Handwerker gewesen. Die Baumwollweberei liegt noch mehr darnieder und zwar hauptsächlich infolge der verdrehten Mode der engen Damenkleider. Es ist ausgerechnet worden, daß allein in Deutschland infolge dieser Mode rund 100 Millionen Meter Baumwollstoff weniger im Jahre verbraucht werden. Dies bedeutet aber ein Stillliegen von 10000 Webstühlen! Wieviel Webern drücken diese Zahlen aus; Not und Sorge nicht allein in den Häusern der Arbeiter, sondern auch in den Kontoren der Fabrikanten. Natürlich wirken solche schweren Geschäftszeiten in erster Linie in der Weberei auf die Handwerker ein, die Heimarbeiter, die von dem Fabrikarbeiter zum Feiern gezwungen werden. Im Sommer geht es ja schließlich zur Not noch, da findet sich in Feld und Wald Arbeitsgelegenheit. Aber wenn der Winter kommt, wenn Nebel und Schnee die schlesischen Berge einhüllen, dann steigt das Elend ins Ungemessene. Und kommenden Winter wird es schlimmer werden als je zuvor, denn der Geschäftsgang liegt zu sehr darnieder, um sich bis zum Herbst zu erholen. Die Warnung der Schweißnher Handelskammer an alle jungen Leute, einen anderen Beruf zu ergreifen, kann nicht eindringlich genug wiederholt werden.“

Die Herstellung des Papiergarnes und seine Verwendung.

(Fachlehrer Fr. Böhlefeld in der „Barmer Volkszeitung“.)
Während die Herstellung und Verwendung der Baumwolle, Leinen, Zell- oder Seidenfäden fast allgemein bekannt ist, herrschen über Papiergarn und seinen Gebrauch noch manche Unklarheiten. Die Papiergarnfabrikation, von Frankreich zu uns herüber gekommen, bildet heute eine Industrie, die vielen Beschäftigung und Brot gibt. In den folgenden Ausführungen soll die Herstellung der Fäden aus Papier näher erläutert werden.
Zellulose, Zellstoff oder Holzfaserstoff bildet den Hauptbestandteil der Zellwände der Pflanz. Die Samenkerne der Baumwolle bestehen z. B. aus fast reiner Zellulose. Dieselbe findet hauptsächlich Verwendung zur Papierfabrikation. Das zerkleinerte Holz, meistens Nadelholz, wird entweder durch Natronlauge ausgeteilt (Nadelzellulose) oder mit Kaliumbifluorid (Sulfitzellulose) in Druckesseln gewonnen. Das auf diese Weise hergestellte Papier, in ziemlich dicke, große Platten gewalzt, ist das Rohmaterial, mit dem die Arbeiten zur Herstellung des Papiergarnes beginnen. Die Papierplatten werden in der Fabrik durch den Holländer aufgeschliffen und zermahlen. Soll gefärbtes Garn hergestellt werden, so wird dieser Masse, welche wie aufgelöster Speis aussieht, der Farbstoff zugefügt. Daher können von bestimmten Farben immer nur größere Posten hergestellt werden. Um dem späteren Faden größere Haltbarkeit zu geben, erhält die Papiermasse eine kleine Beimischung von Bannwolle (in der Regel Baumwollabfall). Die weitere Arbeit verrichtet die Papiermaschine. Das Material wird hart mit Wasser vermischt und laßt durch einen Zufußregler durch den Sandfang, wo sich in den Rinnen des Bodens mechanische Verunreinigungen absetzen, und geht von hier durch die Knotenzünger, in denen Faseln von den Sieben zurückgehalten werden. Die Papiermasse wird ausgequetscht und über ein endloses Tuch aus Gantäufel zu einer großen, im Zentrum ruhenden Trommel geführt. Vorher wird der breite Papierstreifen durch den Druck seiner Wassertröpfchen in eine Anzahl von

Streifen zerteilt. Die Breite dieser Streifen richtet sich nach der Nummer (Dicke) des später zu spinnenden Fadens. Durch das Passieren der erhitzten Trommel werden die Papierstreifen angetrocknet. Vor der Maschine ist eine Welle angebracht, welche die noch feuchten Streifen aufwickelt. Diese haben eine Breite von 6-15 Millimeter und werden der Spinnmaschine vorgelegt. Zur Anwendung kommt die Spinnmaschine mit Ringspindeln. Das Papierband wird durch zwei Walzen der Spindel zugeführt und der Faden ohne Streckung gesponnen. Die Fäden werden also feucht gesponnen und dann in besonderen Apparaten getrocknet. Die Garne werden auf Kreuzspulen gewickelt oder in Strangform gebracht. Die Nummerierung ist die metrische, d. h. die Nummer des Garnes gibt an, wie viel Stränge von je 1000 Meter 1 Kilogr. wiegen. Um das rauhe Gespinnst glatt und glänzend zu machen, wird dasselbe sätriert. Die Sätriermaschine, welche dazu verwandt wird, ist dieselbe wie diejenige, welche für Baumwolle (Eisengarn) gebraucht wird.

Die Verwendung des Papiergarnes ist heute eine mannigfaltige. Es wird in großen Mengen und in allen Nummern zum Umwickeln der Drahte bei Kabeln benutzt. Auch in der Teppichfabrikation wird es zu schön wirkenden Läufern, Teppichen und als Unterfuß gebraucht. Man fertigt auch Bänder und Sigen daraus oder verwendet es wenigstens als Schutz bei bestimmten Artikeln (Gürtel, Hüftträger, Trageneinlage usw.). Sommeranzüge in schönen Farben, Handtücher, ja sogar Arbeiterbekleidungen, bunte Westen usw. werden ebenfalls daraus hergestellt.

Kunstseide einst und jetzt.

Wir lesen in der „Seide“: Es ist ein eigenes Ding mit Vorherjagungen bei neuen Erfindungen! So wird erzählt, daß Napoleon I. aus man ihm das erste Dampfboot auf der Seine vorführte, sich lächelnd abgewandt und diesem Unsinne keine Zukunft zugestanden habe. Wie würde er staunen, wenn er heute unsere Ozeanriesen die Weltmeere durchfurchen sähe!

Ähnlich mutet es uns an, wenn wir heute in einer Zeitschrift von vor 16 Jahren ein Urteil über Kunstseide finden, welches abgegeben wurde von drei Männern, denen man eine vorzügliche Kenntnis der Textilindustrie und ihrer Bedürfnisse nicht absprechen darf.

Es war bei Gelegenheit der Gründung der Artificial Silk Spinning Co. in der Nähe von Manchester, die seinerzeit viel Staub aufwirbelte. Betrug doch der Erwerbspreis der Patente, die damals bereits 10-Jahre liefen, 2800000 Mark, und man hatte vor, das neue Erzeugnis zum Preise von 8 Mark das Kilogramm auf den Markt zu bringen. Da brachten auch die folgenden Herren ihre Anschauung zum Ausdruck: Lord Massham von der Firma Vister u. Co. Ltd., Bradford, W. Brocklehurst von der Firma J. u. L. Brocklehurst u. Sons, Macclesfield, und H. Cheney von der Firma Cheney Bros, Hartford, Manchester und Newyork. Es sind drei Firmen, die heute noch wohl zu den bedeutendsten in England und Amerika auf dem Gebiete der Seidenindustrie gehören. Die Schlussfolgerungen in den Ausführungen liefen auf eins hinaus und es genügt, nur kurz anzuführen, was H. Cheney sagte: „Ich kann nur jedem Interessenten anraten, Experimente und Proben mit dem Material (d. h. Kunstseide) zu unterlassen. Seit Jahren sind große Summen auf seine Erfindung aufgewendet worden, nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern. Die Sache kommt teuer zu stehen, ist unzulässig und unverkäuflich. Besser wäre es gewesen, wenn die Tausende, welche man bisher dieser Erfindung opferte, auf Verbollkommnung der natürlichen Seide aufgewendet worden wäre. Wir haben die Angelegenheit seit Jahren verfolgt. Der Holzstoff schließt sich unmittelbar dem Cellulose an und hat mehrere mit diesem übereinstimmende unangenehme Eigenschaften gemein. Unstreitig ist er glanzreicher wie echte Seide, dabei aber sehr hart, rau und spröde. Er ist sehr leicht entzündbar und ich kenne Fälle, wo das Erzeugnis bei Berührung mit Hitze unter lautem Knall explodierte. Die Feuergefährlichkeit hat man gegenwärtig wohl auf Grund chem. Einwirkungen beseitigt, keineswegs reicht der Faden in der Beziehung aber an die Sicherheit heran, wie sie echte Seide bietet. Dann besitzt das künstliche Erzeugnis nur einen geringen Bruchteil der Festigkeit und Dauerhaftigkeit echter Seide. Kürzlich kam ein Seidenhändler zu mir und wies mir ein Stück Ware vor, welches vollständig in Faserung überzugehen schien, ein Umstand, für den die Erklärung augenblicklich fehlte. Bei genauer Untersuchung zeigte sich bald, daß die Faser des Gewebes aus echter, der Einstrahlung aber aus Kunstseide bestand, und letztere, zwischen den Fingern gerieben, sofort zu Staub zerfiel. Ich kann zwar nicht behaupten, daß es niemals gelingen wird, künstliche mit echter in Wettbewerb tretende Seide zu erzielen, gönne aber gern jedem andern die Arbeit und den Ruhm der Erfindung. Wir ließen uns 500 Pfund Kunstseide von Birmingham kommen und machten damit die weitgehendsten Versuche, aber auch die Erfahrung, daß die Gewebe zu schwer, grob, spröde, brüchig und vollkommen ungenügend ausfielen. Die 400 Pfund Garn, die wir von der Sendung auch liegen haben, legen wir uns für ein gelegentliches kostspieliges Feuerwerk zurät, wir müssen uns dieses tenere Vergnügens erlauben, da eine andere Verwendung für das Garn bei uns durchaus nicht besteht. Auch das Färben der Seide ist ungemein unzulässig und kostspielig. Das Duzend Gesellschaften, welche im Laufe der letzten zehn Jahre zum Zwecke der Kunstseidenherstellung an verschiedenen Orten entstanden sind, haben ihr Geld nur in den Orten der verhehlten Spekulation geworfen und ich kann jedermann nur empfehlen, sein Geld nicht fragwürdigen und derartigen durch die bisherigen Erfahrungen sehr zweifelhaft gewordenen Unternehmungen zu widmen.“

Das war allerdings eine trübe Zukunft, die dem neuen Webmaterial in Aussicht gestellt wurde! Hat auch Napoleon I. die Ozeanriesen nicht mehr erlebt, so bestehen und blühen doch die drei obengenannten

Firmen noch immer, und wir sind sicher, daß auch sie sich der Verwendung von Kunstseide zugewandt haben, jezt, wo sie ein so gefährlicher Wettbewerber der Naturseide geworden ist, daß bereits ein Gesetz geschaffen werden soll, das den Namen Seide in Verbindung mit dem Worte „Kunst“ verbieten soll.

Welchen Umfang die Verwendung von Kunstseide heute angenommen hat, ist daraus zu ersehen, daß ihr Verbrauch bereits über sechs Millionen Kilogramm, d. h. ungefähr den fünften Teil des Verbrauchs an Naturseide erreicht hat. Die Krefelder Industrie verbrauchte im vorigen Jahre allein 166 105 Kilogramm Kunstseide, hierzu kommt der Verbrauch der Wuppertaler Beschäftigten, der Stickereiindustrie des sächsischen Erzgebirges, der Spitzen und Kallherstellung, der Berliner Kurbel- und Maschinenfabrikation, welche letztere Industrien fast ausschließlich Kunstseide verarbeiten; endlich als neueres Verwendungsgebiet ist noch die Herstellung von Glühstrümpfen zu nennen, für welchen Zweck dieses Material allen anderen überlegen sein soll.

Der Wert der deutschen Kunstseideherstellung wird auf etwa 2000000 kg im Werte von 25- bis 26000000 M. im Jahre geschätzt. Im Jahre 1910 wurden hiervon 644000 kg im Werte von 8265000 M. ausgeführt, gegen 714000 kg im Werte von 10207000 M. im Jahre 1909. Hauptabnehmer sind die Vereinigten Staaten mit 3763000 M., dann Oesterreich-Ungarn mit 1572000 M., Italien mit 732000 M., die Schweiz mit 624000 M. Die Einfuhr belief sich 1910 auf 1590000 kg im Werte von 20712000 M. Davon aus Belgien für 14334000 M., aus Oesterreich für 2583000 M., aus der Schweiz für 1454000 M. und aus Frankreich für 956000 M. Es wurden in Deutschland rund drei Millionen Kilogramm Kunstseide verarbeitet, die einen Wert von etwa 37 Millionen Mark darstellen.

Vergleicht man diese Zahlen, die hier nur für Deutschland angegeben sind, mit den Ausführungen der drei englischen gewiegten Fachleute von vor 16 Jahren, dann kann man wohl sagen, daß ihre Voraussage betreffs der Zukunft ebenso sehr danebengriff, wie Napoleon I. es tat, als er dem Dampfboot eine so geringe Aussicht auf nutzbringende Entwicklung zubilligte.

Aus dem Verbandsgebiete.

Für die Durchführung der durch die Verbands-Generalsversammlung zu Eberfeld beschlossenen

Herbst- und Winteragitation

ist den Ortsgruppen-Vorständen in letzter Zeit viel Material und manche Anregung zugegangen. Auch an dieser Stelle verweisen wir nachdrücklich auf den Beschluß der Verbands-Generalsversammlung, wonach jede Ortsgruppe (Vorstand, Agitations-Kommission, Vertrauenspersonen) baldmöglichst einen

Agitationsplan

aufstellen und dem Bezirksleiter einreichen muß. Wir bitten alle Verbandsmitglieder dringend, bei der Agitation nach Kräften mitzuwirken.

Der Zentralvorstand.

Aus unseren Bezirken.

Konferenz des III. Agitationsbezirks Aachen.

Am Sonntag, den 29. September, fand im Gesellschaftshaus zu Aachen unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt.

Bezirksleiter, Kollege Weber, erstattete den Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Gleich wie im vorjährigen Geschäftsbericht müssen wir auch diesmal wieder berichten, daß der Geschäftsgang in der Textilindustrie des Aachener Bezirks manches zu wünschen übrig läßt. Dieses gilt besonders von der alleingelassenen Tuchindustrie in Aachen und Eupen. Der Bericht der Aachener Handelskammer vom Wirtschaftsjahr 1911 zeichnet ebenfalls ein sehr ungünstiges Bild über die Lage der Aachener Textilindustrie. Leider scheinen sich die Hoffnungen des Berichts auf eine dauernde Besserung der Geschäftslage nicht zu erfüllen. Im Spätsommer dieses Jahres (1912) ist wiederum eine Verschlechterung wahrzunehmen, so besonders in den Damenuchtteilungen einiger größerer Firmen.

Trotz der schlechten Konjunktur der letzten Jahre ist eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Im 2. Quartal 1910 waren 4924 Mitglieder, davon 3797 männliche und 1127 weibliche, im 2. Quartal 1912 5692 Mitglieder, 4062 männliche und 1630 weibliche, zu verzeichnen; ein Mehr von 768 Mitgliedern. Jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren sind 407 und von 18 bis 21 Jahren 458 vorhanden. Ein Vergleich der agitatorischen Erfolge in den Orten, wo der christliche und der sozialdemokratische Textilarbeiterverband vertreten ist, zeigt, daß der sozialdemokratische Verband geradezu schlecht abgeschnitten hat. Das Ergebnis ist folgendes:

Orte des Bezirks	Christl. Verband Mitglieder		roter Verband Mitglieder	
	1910	1911	mehr	weniger
Aachen	4533	4672	139	—
Düren	782	969	187	—
Gesf. Rhein	388	388	—	—
Wesel (Rhein)	9	7	—	2
		326	2	—

Während der christliche Verband in den genannten Orten eine Mitgliederzunahme von 326 hatte, betrug der Verlust des roten Verbandes 193 Mitglieder.

Die Klassenverhältnisse haben sich verhältnismäßig gut entwickelt. Die Entnahmen und Ausgaben gestalten sich vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 folgendermaßen:

Einnahmen:

Eintrittsgelder	172,80 M.
Wochenbeiträge	97127,60 "
Sonstige Einnahmen	142,25 "
Zuschüsse der Zentralkasse	737,12 "
	<hr/> 98181,37 M.

Ausgaben:

Bar an die Zentralkasse	45575,37 M.
Anteil von 15 Proz. an die Ortsklassen	14615,41 "
Streikunterstützung	969,20 "
Maßregelungsunterstützung	167,25 "
Reiseunterstützung	51,84 "
Arbeitslosenunterstützung	16173,50 "
Krankenunterstützung	13158,35 "
Sterbegeld	3075,00 "
Sonstige Unterstützungen	395,45 "
	<hr/> 98181,37 M.

An die Zentralkasse wurden 49575,37 M., das sind 11108,31 M. mehr wie im Vorjahre, abgeführt. Die Arbeitslosenunterstützung sank auf 16173,50 M. gegenüber dem Vorjahre, in welchem 24179,15 M. ausgezahlt wurden. Die Krankenunterstützung ging ebenfalls um etwa 1000 M. zurück.

Die Kassenverhältnisse der Ortsgruppen gestalteten sich wie folgt:

Einnahmen:

Rassenbestand am 30. Juni 1911	7170,86 M.
15 Prozent der Gesamteinnahmen und sonstige Beträge	15378,66 "
	<hr/> 22549,52 M.

Ausgaben:

Gesamtausgaben	13185,10 M.
Rassenbestand am 30. Juni 1912	9364,42 "
	<hr/> 22549,52 M.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Obwohl der Geschäftsgang im Berichtsjahre ein außerordentlich ungünstiger war, konnten dennoch in allgemeinen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abgesehen werden. Außerdem gelang es, für eine statische Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen annehmbare Verbesserungen zu erzielen.

Im Aachener Bezirk wurden im Berichtsjahre insgesamt 19 Lohnbewegungen geführt, und zwar in Aachen und Umgegend 10, in Eupen 3, in Düren 2, in Euskirchen 2 und in Köln-Merheim 2. In 6 Fällen handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen, in 10 Fällen um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. In 3 Fällen hatten die Differenzen sonstige Ursachen.

16 Lohnbewegungen wurden erledigt durch Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit den beteiligten Firmen, oder durch Verhandlungen unseres Verbandes mit den Arbeitgeberverbänden.

Der größte Teil der Bewegungen konnte mit mehr oder minder großen Erfolgen zu Ende geführt werden. Ohne Erfolg verliefen 3 Bewegungen. Zum Streik bzw. Aussperrung kam es in 4 Fällen, und zwar bei den Firmen Jos. Schiffmann in Euskirchen, Saarener Tuchfabrik Kap. u. Langstadt, Theodor Kövenich in Euskirchen, Käb u. Co. in Köln-Merheim.

An diesen Bewegungen waren insgesamt 1695 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. Von diesen waren 1012 Mitglieder unseres Verbandes, 208 gehörten anderen Organisationen an und 475 waren unorganisiert.

Erfolge der Bewegungen.

Die Lohnbewegungen brachten den beteiligten Arbeitern, außer der erfolgreichen Abwehr mancherlei Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, annehmbare Lohnaufbesserungen.

Zwei neue Tarife wurden abgeschlossen; davon einer auf die Dauer von 3 Jahren. In 5 Fällen wurden bestehende Tarife verbessert.

Die Agitationsarbeit war trotz der ungünstigen Verhältnisse eine äußerst regsame. Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen wurden abgehalten insgesamt 814. Davon waren: Mitgliederversammlungen 132, öffentliche Versammlungen 25, Fabrikversammlungen 175, Vorstandssitzungen 270, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen 212.

Sodann fanden noch eine Anzahl gemeinsame Bezirksvertrauensmännerkonferenzen an den verschiedensten Teilen des Bezirks statt.

Zu Klagen ist fast überall über einen schlechten Besuch der Versammlungen. Es muß deshalb mehr noch wie bis heute Aufgabe der Ortsgruppenvorstände sein, die Versammlungen gut vorzubereiten.

Das laufende Berichtsjahr bringt den Ortsgruppenvorständen, Vertrauensleuten und Mitgliedern mancherlei neue Aufgaben, die sie zu erfüllen haben. Die Verbandsgeneralversammlung hat neue Richtlinien für die Agitationsarbeit gezeigt, und in unserem Bezirk heißt es jetzt, mit frischem Mute an die Werbearbeit gegangen für unseren christlichen Textilarbeiterverband.

Kollege Koch-Düren berichtete über die in Elberfeld stattgefundene Verbandsgeneralversammlung und gab die wichtigsten Beschlüsse derselben bekannt. Er wies besonders auf die Einführung des ab 1. Januar 1913 zu zahlenden Lokalarbeitrages von 5 Pfg. pro Woche hin, welche mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde. Bei einzelnen Unterstützungsarten wurden bezüglich der Warenauszeit einige kleine Abänderungen beschlossen und als neue Unterstützungsart eine Militärunterstützung eingeführt.

Kollege Fischer-Düsseldorf hielt einen längeren, instruktiven Vortrag über die Herbst- und Winteragitation. Jede Ortsgruppe soll eine Agitationskommission neben dem Vorstande bilden, welche über die vorzunehmende Agitation einen Plan auszuarbeiten hat und bis zum 1. November d. J. der Bezirksleitung Bericht erstatten muß.

Bei den vorgenommenen Wahlen wurden die Kollegen Weber-Aachen, Hamacher-Aachen, Sauren-Aachen, Schümmer-Würseln und Manns-Baals als Delegierte des Bezirkskartells gewählt. Die Wiederwahl des Kollegen Weber als Bezirksleiter erfolgte einstimmig.

Nachdem unter Punkt Berufliches noch einige Fragen besprochen wurden, wurde die schön verlaufene Konferenz vom Bezirksleiter geschlossen.

Agitationsbezirk Barmen.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz fand am Sonntag, den 13. Oktober, in Mülheim (Rhein) statt. Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe waren sämtliche Ortsgruppen vertreten. Aus dem, vom Bezirksleiter, Kollegen Fahrbrach, erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes bemerkenswert: Die Gesamtzahl der Mitglieder am Schlusse der Berichtszeit betrug 2390 in 20 Ortsgruppen. Davon zahlten einen wöchentlichen Beitrag von 70 Pfg. 45, 60 Pfg. 76, 50 Pfg. 415, 40 Pfg. 1408, 30 Pfg. 228, 20 Pfg. 115 und 10 Pfg. 34 Mitglieder. Die Zahl der Jugendlichen betrug 472. Davon waren 154 unter 18 Jahren und 318 von 18 bis 21 Jahren. Der Prozentsatz der weiblichen Mitglieder ist in der Berichtszeit um 3 Prozent gestiegen. Die Gesamteinnahme (ohne Lokalarbeiträge) im Bezirk war 46581,60 M. Es wurden an Unterstützungen insgesamt ausgezahlt 9898,98 M., davon 2762,70 M. für Arbeitslosenunterstützung und 5428,55 M. für Krankenunterstützung. Die Anteile der Ortsgruppen betrugen 6985,75 M. Der Bestand der Ortsgruppenkassen ist gestiegen von 2127,57 M. auf 3338,74 M.

15 Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre statt, von denen 3 zu kurzen Streiks führten. Erfolgreich waren 3, teilweise erfolgreich 10 und erfolglos 2 Bewegungen. Es waren daran beteiligt 2013 Arbeiter. An Lohnerböhrungen wurden erzielt bei 6 Bewegungen 1261,50 M. pro Woche, an Arbeitszeitverkürzung für 118 Arbeiter 1/4 Stunden pro Woche und für 14 Arbeiter 4 Stunden pro Woche. Anschließend an diesen Bericht gab der Kollege Fahrbrach noch einige Winke zur Förderung des gewerkschaftlichen Lebens in den Gruppen. Wir müssen den Schriftenverkauf mehr fördern. Auch den Unterrichtskursen müssen wir mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Beteiligung an den sozialen Wahlen ist auch nicht rege genug. Besonders den Krankenkassenwahlen müssen wir mehr Beachtung schenken. Zu erstreben ist der Anschluß der Krankenkassen, in denen wir die Mehrheit haben, an den neugegründeten „Verband deutscher Krankenkassen“ in Köln. Als Beweis, wie eine gut vorbereitete Agitation wirkt, führte Kollege Fahrbrach die Erfolge einiger Gruppen an. Es konnte z. B. die Ortsgruppe Engelskirchen ihre Mitgliederzahl steigern von 68 auf 128, Obergshausen von 56 auf 98, Blombacherbach gewann etwa 40 Mitglieder. An den Geschäftsberichten schloß sich eine kürzere Diskussion an.

Nachstehender Antrag fand einstimmige Annahme: Die Bezirkskonferenz beauftragt den Bezirksleiter, im ersten Quartal des kommenden Jahres für die Ortsgruppenkassierer eine besondere Konferenz abzuhalten, um die Geschäftsführung in allen Gruppen möglichst praktisch und einheitlich zu gestalten.

Ferner soll im kommenden Frühjahr in allen Gruppen eine Prüfung der Kassen- und Geschäftsführung durch den Bezirksleiter vorgenommen werden.

Dann sprach der als Vertreter des Zentralvorstandes erschienene Kollege Weber-Aachen über die Durchführung der Beschlüsse unserer Verbandsgeneralversammlung in bezug auf die Agitation. Er gab Winke und Anregungen für die verschiedensten Arten der Agitation. Kollege Fahrbrach ergänzte die Ausführungen mit Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Barmen Bezirk. Weiter ergab die Diskussion noch einige Anregungen.

Kollege Blankenagel erläuterte dann noch die weiteren Beschlüsse unserer Verbandsgeneralversammlung. Er stellte fest, daß von 2390 Mitgliedern im Bezirk Barmen 2114 Mitglieder bereits Lokalarbeiträge zahlen.

Im Schlusswort dankte Kollege Fahrbrach den Referenten und schloß die Bezirkskonferenz mit einem Hoch auf unseren Verband.

Bezirkskonferenz des Bezirks Straßburg-Mülhausen.

Letzten Sonntag fand in Colmar im Lokale „Zum Salmen“ die diesjährige Bezirkskonferenz für den Bezirk Straßburg-Mülhausen statt. Dieselbe erzielte sich eines sehr guten Besuches und nahm einen schönen Verlauf. Vertreten waren 20 Ortsgruppen mit 24 Delegierten. Außerdem nahmen an der Konferenz drei Beamte des Bezirks und eine Anzahl Gäste, darunter drei Mitglieder der sozialen Ferienvereinigung Colmar, teil. Als Vertreter des Zentralvorstandes war Gewerkschaftssekretär Fischer-Düsseldorf anwesend.

Bezirksleiter Röhl in g-Straßburg gab einen Ueberblick über die Mitglieder- und Kassenverhältnisse des Bezirktelles Straßburg und die Lohnbewegungen des ganzen Bezirks. Hieraus entnehmen wir folgendes: In Lampertheim brach ein Streik aus, weil die Firma Itzinger als Lohnrücker zuzog. Nach drei Wochen wurde dieser Streik mit wesentlichen Erfolgen für die streikenden Arbeiter beendet. Auch eine Tarifbewegung in Lambrecht endete mit einem Erfolg der Arbeiterschaft. Die Bewegung wurde gemeinsam vom christlichen und „deutschen“ Textilarbeiterverband geführt. Ebenfalls endigte der Streik in Druenheim mit einem teilweisen Erfolg der Arbeiterschaft. Hier hat der christliche Textilarbeiterverband, als allein in Frage kommend, die Bewegung allein geführt. Dies widerlegt wohl am besten den Vorwurf, der uns von sozialdemokratischer Seite immer gemacht wird, als ob sich die christlichen Gewerkschaften nur auf Drängen der sozialdemokratischen Gewerkschaften an Lohnbewegungen beteiligen würden. Einen teilweisen Erfolg brachte auch

eine in Bühl gemeinsam mit dem „deutschen“ Textilarbeiterverband geführte Lohnbewegung. Bei der Firma Frey in Mülhausen versuchte der sozialdemokratische Textilarbeiterverband durch einen Monopolvertrag sämtliche Arbeiter in seinen Verband zu bekommen, was ihm nicht gelang, dank der Bemühungen unseres Verbandes, nicht gelang. Immerhin erzielte der sozialdemokratische Verband jebiel, daß alle neu eintretenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich ihm anschließen müssen und es auch den einmal in seinen Reihen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen nicht mehr möglich ist, aus dem Verbande auszutreten, ohne die Arbeitsstelle zu verlieren. Auch bei der jetzigen Bewegung in Mülhausen habe man anfangs versucht, alles ohne die Christlichen zu machen, es brach sich aber in den Reihen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß eine Verständigung zwischen den beiden Verbänden unbedingt herbeigeführt werden müsse.

Kollege Bilger-Mülhausen ergänzte diesen Bericht, soweit die Mitglieder- und Kassenverhältnisse des Bezirks Oberelb in Betracht kommen. Durch den letzten Frühjahr in Malmerapach ausgebrochenen wilden Streik sei es dem christlichen Textilarbeiterverband möglich gewesen, im Wesselingertal einige Ortsgruppen zu gründen, die bis jetzt über 700 Mitglieder zählen. Hierdurch habe Oberelb eine sehr erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Nebener ging des Näheren auf die in der Berichtszeit stattgefundenen wilden Streiks im Oberelb ein. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich mehrere Delegierten.

Nach dem Mittagessen wurde eine Besichtigung der Wohnungsausstellung vorgenommen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erstattete Kollege Simons Bericht über die Elberfelder Verbandsgeneralversammlung. Dieselbe wurde eingehend besprochen und die getroffenen Änderungen, hauptsächlich das Unterstützungsweisen betreffend, eingehend erklärt. In der Diskussion gaben die Delegierten ihr Einverständnis mit den getroffenen Maßnahmen zu erkennen.

Kollege Fischer vom Zentralvorstand referierte sodann über die Herbst- und Winteragitation und machte eine Reihe praktischer Vorschläge. Die ganze Agitation müsse den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden, dann erst könne sie Erfolg haben.

An dieses Referat schloß sich eine teilweise sehr lebhafte Diskussion, die den entschiedenen Willen der Delegierten zeigte, auch bezüglich der Agitation ihre Pflicht zu erfüllen.

Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den christlichen Textilarbeiterverband schloß der Bezirksvorsitzende, nachdem er die Einmütigkeit zwischen Führern und Mitgliedern zum Schluß noch hervorhob, die Konferenz.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Elkendorf. „Berichterstattung über die Aachener Bezirkskonferenz und über die Verbandsgeneralversammlung“, so lautete die Tagesordnung der am Sonntag, den 6. Oktober gut besuchten Versammlung. Zum ersten Punkt berichtete der Schriftführer über die Aachener Bezirkskonferenz. Darauf erstattete Kollege Lutterbach den Bericht der Verbandsgeneralversammlung. Er gab ein lebendiges Bild der Tagung in Elberfeld und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Am Schlusse seines Berichtes, ermahnte er besonders die jüngeren Kollegen und Kolleginnen an ihre Pflichten, gegenüber dem Verbandsverbande und forderte alle auf zur Agitation. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Die Einführung eines Lokalarbeitrages wurde von der Versammlung zustimmend aufgenommen.

Nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung mit ermunternden Worten zur Mitarbeit in der nun beginnenden Herbst- und Winteragitation.

Forst (Gauß). Unsere Kollegen und Kolleginnen sollten es sich zur Pflicht machen, die Versammlungen stets so pünktlich und zahlreich zu besuchen, wie es auf der am 15. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung der Fall war. Dem Kollegen Fassbender wurde, nachdem derselbe den Kassenbericht vom 2. Quartal erstattet hatte, auf Antrag der Revisioner einstimmig Entlastung erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die in Elberfeld stattgefundene Verbandsgeneralversammlung, referierte Kollege Wiltz, Fassbender. Nachdem er die überaus freundliche Aufnahme der auswärtigen Delegierten durch die Kollegen in Elberfeld Barmen lobend hervorgehoben hatte, erläuterte er in längeren Ausführungen die Beschlüsse und Änderungen, welche von der Verbandsgeneralversammlung vorgenommen worden sind. Mit besonderem Nachdruck hob Fassbender den einstimmigen Beschluß hervor, in diesem Winter in eine intensive Agitation einzutreten. Er schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, im kommenden Herbst und Winter nicht untätig die Hände in den Schoß zu legen, sondern recht kräftig mit in die Agitation einzutreten, damit die Ortsgruppe ein gutes Stück vorwärts gebracht werde.

Kollege Sparenberg ergänzte die Ausführungen Fassbenders und sprach den Wunsch aus, daß alle mitwirken möchten, die in voller Einmütigkeit gefassten Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Nicht kritisieren und niederreißen sollen wir, sondern werben und lebendige Glieder am Stamme der Gewerkschaft sein, damit wir das von uns gesteckte Ziel erreichen. Die Anwesenden waren mit den Ausführungen der beiden Redner voll und ganz einverstanden. Nunmehr erhielt Kollege Anton Heutmann aus Düsseldorf das Wort zu seinem Vortrage: „Die allgemeine Lage des Verbandes und unsere nächsten Aufgaben.“ Ausgehend von den beiden wichtigsten Tagungen, unserer Verbandsgeneralversammlung in Elberfeld und dem Gewerkschaftskongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden, zog Redner Vergleiche zwischen uns und den letzten Tagungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie erbrachten den Beweis, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften an innerer Festigkeit und Einigkeit mit uns keinen Vergleich aushalten können. Ferner wies Redner hin auf die Schwierigkeiten, die sich uns in den letzten Jahren in den Weg gestellt hatten, dabei betonend, daß Schwierigkeiten dazu da seien, um überwunden zu werden, und daß wir davor nicht zurückschrecken dürfen, mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen. Die Lage unseres Verbandes bezeichnete Redner als eine gute. Unsere Kassen-

Verhältnisse bessern sich. Haben wir doch prozentual pro Kopf unserer Mitglieder mehr Vermögen als die sozialdemokratischen Gewerkschaften, von den Hirsch-Dunckerischen gar nicht zu reden, die mit einer Mitgliederzahl von rund 6000 und einem Vermögen von 40000 Mark als Gewerkschaft wohl kaum in Betracht kommen können. Eine gute Kriegskasse tut uns aber not. Dann besprach Redner noch eingehend die Agitationsarbeit für den kommenden Winter und führte uns die verschiedenartigsten Agitationsmöglichkeiten vor Augen. Mit der Aufforderung, mitzuarbeiten an der Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes, schloß der Referent seinen überzeugenden und von Begeisterung getragenen Vortrag. Der lebhafteste Beifall sowohl als die nun folgende Diskussion bewiesen, daß die Worte des Referenten auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Eine stattliche Anzahl Kollegen und Kolleginnen meldeten sich freiwillig, Hand in Hand mit dem Vorstande alles daran zu setzen, die indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit aufzuklären und sie unserem Verbandszugehörigen zu machen. Der Vorsitzende machte unter „Verschiedenes“ noch auf unser am 16. November im Feldschlösschen stattfindendes Herbstvergnügen aufmerksam und schloß sodann die schön verlaufene Versammlung.

Wohlan, Kollegen und Kolleginnen, an die Arbeit! Kämpfen und agitieren wir in dem Bewußtsein, für eine gute Sache zu kämpfen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Delniz i. Vogtland. Lange schlummerte in der hiesigen nationalen Arbeiterschaft der Gedanke der Solidarität, bis er im Frühjahr d. J. durch die Gründung eines lokalen Unterstützungsvereins geweckt wurde. Bald genug aber zeigte es sich, daß durch Gründung von Lokalorganisationen den angeschlossenen Arbeitern weder eine finanzielle Sicherheit geboten, noch weniger aber ein ausschlaggebender Faktor geschaffen wird, der nur einigermaßen einwirkend bei Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse für den Arbeiter sein kann. Am Freitag, den 11. Oktober, referierte Kollege Melcher aus Greiz in einer Versammlung dieses Lokalvereins über „das Wesen und die Vorteile einer Zentralorganisation“. Er behandelte speziell die Vorteile unseres christlichen Textilarbeiterverbandes, der mit seiner Mitgliederzahl von rund 40000 und mit einem Kassenvermögen von 700000 Mark für alle nationalen Textilarbeiter die einzig richtigste Interessenvertretung darstellt. Nach einer genügenden Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den lokalen Unterstützungsverein aufzuheben und unter Anrechnung der bisher geleisteten Beiträge dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beizutreten.

Wir begrüßen die jüngste Ortsgruppe unseres Verbandes aufs herzlichste. Möge sie sich zu einem starken Ast am christlichen Gewerkschaftsbaum auswachsen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterbewegung verteilte objektiv in einem Vortrag auf dem 26. Berufsgenossenschaftstage zu Hamburg in voriger Woche einer der besten Sachkenner unserer Sozialversicherung: Dr. Kaufmann, der Präsident des Reichsversicherungsamtes. Er kam in seinem Vortrage zu dem Schluß, daß der Lichtwirkung der Sozialversicherung gegenüber die Schattenseiten allzu stark betont würden. So sei es wichtig, daß die Ausgaben für die Arbeiterversicherung die Grenzen des Erträglichen überschritten hätten. Gewiß seien die hohen Aufwendungen für die Arbeiterversicherung, zumal von Unternehmern mittlerer und kleiner Betriebe, oft schwer empfunden worden. Trotzdem habe unsere Industrie bisher ohne Schaden für ihre Wettbewerbsfähigkeit diese Opfer getragen, denn sie hätten sich nicht als bloße Belastung erwiesen, sondern sich zum großen Teil bezahlt gemacht. Die durch die Aufwendungen gehobene Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit, die Konsum- und Kaufkraft der breiten Massen seien für das gesamte Wirtschaftsleben segensreich geworden. Alles dies müsse als Guthaben in die Rechnung der Sozialversicherung eingestrichelt werden. Ein Vergleich nur der Ausgaben für die Versicherung etwa mit den Lohnsummen, dem Aktienkapital oder der Dividenden bei einzelnen Betrieben könne kein einwandfreies Bild ergeben. Die nationale Versicherungsprämie zahle jetzt nicht nur der deutsche, sondern auch der ausländische Unternehmer. Unser härtester Wettbewerber auf dem Weltmarkt, England, habe jüngst soziale Einrichtungen ins Leben gerufen, die über die deutschen zum Teil noch hinausgehen und auch die englischen Unternehmer mit erheblichen Aufwendungen belasten. Unter diesen Umständen erschienen heute, auch wegen der neuen Anforderungen der Reichsversicherungsordnung, ernste Sorgen um unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr berechtigt.

Auch die weitere Sorge, daß die Arbeiterversicherung, anstatt zu lancieren und zu erheben, entzittlichend auf die Arbeiter eingewirkt und die Rentenlage großgezogen habe, könne zerstreut werden. Unzweifelhaft habe die Suche sittlich minderwertiger Naturen, sich auf unläutere Art Vorteile zu verschaffen, zu manchen Versuchen der Simulation und Ueberreizung von Krankheiten oder Unfällen geführt. Solche Erscheinungen seien aber auch bei der Privatversicherung anzutreffen. Nach neueren Beobachtungen wisse man, daß nicht jeder Verletzte, der bei seinen Angaben von der Wahrheit abweiche, schon als Betrüger angesehen werden dürfe. Die Grenzen, wo die vom Reichsbewußtsein getragenen Forderungen der Betroffenen aufhöhen und das schuldhafteste Verhalten beginnt, seien auch für den erfahrenen Arzt oft nur schwer festzustellen. Bezüglich der Rentenhypothese, in der man eine für unsere Arbeiterschaft gefährdende Ursache erkennen wollte, hat der Leiter der medizinischen Klinik in Bonn, Schulze, auf Grund einer umfangreichen Statistik festhin dargelegt, daß die Zahl der Unfälle in den letzten Jahren zwar erheblich gestiegen, aber im Verhältnis zur Gesamtzahl der Unfälle trotzdem außerordentlich gering sei, nämlich durchschnittlich nur 1,3 auf tausend gemeldete Unfälle betragen habe. Dieser Anstieg habe sich auch der von Kaufmann befragte Vertrauensarzt der Berliner Sektion der norddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften Franz angegeschlossen.

Zimmerhütten müßten die Ärzte helfen, Simulationen zu bekämpfen. Auf diesem Wege und durch weitere Hebung der sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte der Versicherten, nicht aber durch übertriebene unfruchtbare Klagen würde die Sozialversicherung vor Schaden bewahrt werden können.

Unzutreffend sei auch, daß sich das Reichsversicherungsamt viel zu sehr von dem Gesichtspunkte der Hilfsbereitschaft anstatt von rein rechtlichen Erwägungen leiten lasse. Weder könne man dem Amt „bewußte oder unbewußte Liebedienerei nach unten“ zum Vorwurf machen, noch liege es „im Schlepptau der Scharfmacher“. Präsident Kaufmann zeigte das durch Ausführungen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann. Seine gedankenreichen und interessanten Darlegungen sind unter dem Titel „Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterversicherung“ bei Julius Springer in Berlin im Druck erschienen. Nicht nur dem engern Kreise der Berufsgenossenschaften, sondern allen Interessenten an unserer Sozialversicherung und unserer Volkswirtschaft kann ihre Lektüre dringend empfohlen werden, denn sie ist im hohen Maße geeignet, Irrtümer zu zerstreuen und einem ideal gedachten Werk das Vertrauen zu mahnen.

Die Wohndichtigkeit in Preußen. Nach dem vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung am 1. Dezember 1910 kommen in Preußen auf ein Haus

in	im Durchschnitt	in den Städten
	Personen	Personen
Ostpreußen	9,8	19,1
Westpreußen	10,3	16,6
Berlin	60,4	60,4
Brandenburg	12,8	20,7
Pommern	10,1	15,2
Posen	10,4	15,2
Schlesien	10,7	11,3
Schleswig-Holstein	8,1	13,1
Hannover	8,03	12,2
Westfalen	10,5	13,5
Hessen-Rhassau	8,2	13,6
Rheinprovinz	9,1	12,3
Hohenzollern	5,1	7,9
Sachsen	8,7	12,9

Am günstigsten sind die Wohnungsverhältnisse in den Hohenzollernischen Landen, in Hannover, Schleswig-Holstein und Hessen-Rhassau; am ungünstigsten sind sie im Durchschnitt in der Provinz Brandenburg, besonders ungünstig aber in der Stadt Berlin. Freilich darf man eigentlich einen reinen Stadtbezirk nicht mit den weiten Landbezirken der Provinzen, sondern muß Großstadt mit Großstadt vergleichen. Dann stellt sich das Bild doch etwas anders. Während die Durchschnittszahl der Provinzen nämlich im allgemeinen außer in Brandenburg kein ungünstiges Bild ergibt, ist die Durchschnittszahl in den Städten der einzelnen Provinzen recht ungünstig, in den brandenburgischen, ost- und westpreussischen Städten, in Posen und Pommern, und günstig nur in Hannover und Schlesien. Etwas zweifelhaftes wohnt diesen statistischen Vergleichen insofern inne, als es auf Größe und Lage des Hauses ankommt, ob eine Befahrung mit 8 oder 12 Personen als günstig oder ungünstig anzusehen ist. Aber 60 Menschen in einem steinernen Kasten millionenweise zusammenzupacken, ist allerdings niemals der Zubegriff von Wohkultur.

Urlaub für jugendliche Arbeitnehmer ist eine der Forderungen, die von der Gesellschaft für Soziale Reform in ihrem Jugendbeschäftigungsprogramm aufgestellt ist: Auf Grund der Tatsache, daß zwar den erwachsenen Arbeitern und Angestellten in wachsendem Maße Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts gewährt wird, aber die Jugendlichen in Fabrik, Handwerk, Laden und Kontor, die doch eine solche Erholung am allerwichtigsten haben, fast niemals einer solchen längeren Freizeit teilhaftig werden, fordert sie zur Seemannung und Kräftigung unserer Jugend neben körperlichen Übungen in der Arbeitswoche und einer planmäßigen Erholung an den Sonntagen auch einen regelrechten Urlaub. Eine warmherzige Unterstützung dieses Verlangens veröffentlicht im „Tag“ R. Nordhausen; wir geben daraus folgende Stellen wieder:

„Ausgeschlossen vom allgemeinen Ferien-Frühling sind nur wieder die Halbflügel, die zwischen 14 und 18. Den Schülern verweigert man, was Knaben und Männern gewährt wird. Es genügt nicht, daß die Halbflügel vom vierzehnten Jahr ab täglich acht, zehn und mehr Stunden in der Fabrik stehen oder auf dem Kontorschmel sitzen; es genügt nicht, daß man die auf den Tod ermüdeten zwingt, abends auch noch Fortbildungsschulen zu besuchen (die Gesellschaft für Soziale Reform verlangt grundsätzliche Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die tägliche Arbeitszeit). Man bringt sie nicht nur um die tägliche lange Erholung, die der doch viel widerstandsfähigere Erwachsene unbedingt nötig hat; man hält sie auch in den Ferienmonaten fest eingekerkert und wundert sich dann, daß diese Jugend, die ihre paar freien Sonntagsnachmittagsstunden obendrein töricht und gefährlich ausfüllt, jeder Krankheit leicht erliegt; wundert sich über die Epidemien, die die Schwindsucht gerade in diese Altersklasse reißt; wundert sich darüber, daß die deutsche Jungmannschaft 40 v. H. mehr Sterbefälle aufweist als die englische. Als eine ganz selbstverständliche Folge der deutschen Jugendbewegung ist hier die Erlösung der Schwächlichen vom allzu nabarnherzigen Arbeitsjoch hingestellt worden. Bierzehn- und Sechzehnjährigen, die sich daneben noch geistig weiterbilden sollen und deren körperliche Kräftigung nun als nationale Aufgabe gilt, darf man keine Bollschichten zumuten. Nur allmählich gewöhnen sich die jungen und unentwickelten Leute an die Last, die mitunter den Erwachsenen viel zu schwer fällt. Sie müssen liebevoller gepflegt, sorglicher als die Alten gehandhabt werden. Jedem Jugendlichen steht ein Recht auf Urlaub zu. Was einzelne Fabriken ihren sämtlichen Angestellten zubilligen, den bezahlten Erholungsurlaub, das muß wenigstens für die Lehrlinge und die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren obligatorisch gemacht werden. Voraussetzung wäre selbstverständlich, daß die jungen Leute die ihnen gewährten Ferienwochen zu

einer Wanderfahrt oder auf andere, dem Körper nützliche Weise verwenden. Die Geldkosten sollten niemand schrecken. Nachdem sich die Heeresverwaltung mit dem Jungdeutschland-Bunde ins Einvernehmen gesetzt hat, ist es leicht, zu Sommerzeit verlassene Militärlager für die Jugendwanderer zu benutzen. Den Schüler- und Studentenherbergen werden sich sehr bald Unterkunfts Häuser für arbeitende Heranwachsende anschließen. Wohlfeil ist auch die Verpflegung der Wandernden, die ihr Kochgeschirr auf dem Ruckack mit sich tragen. So durchstreifen sie die heimliche Provinz, gelangen auch wohl in besonders schöne Reviere des Vaterlandes, lernen es kennen und lieben. Welcher Partei ein Jugendfreund auch immer angehört und welcher Sinnesart er immer sei: die sommerlichen Ferienfahrten wird er sich ersprießlich, wird er für bringend nötig halten. Als praktischen Pfleger stimmen darin überein, daß mehrtägige Märche während der großen Feste nützlich sind. Die lange Urlaubswanderung würde das Gebäude krönen. Jetzt, wo alle Glücklichen freudig genießen, möge ein Wort für unsere liebe, vernachlässigte Jugend guten Ort finden. Was alle wohlhabenden Eltern mit Freude und Eifer ihren heranwachsenden Söhnen und Töchtern bieten, das gebührt in bescheidenem Umfange ganz gewiß auch den schon im harten Erwerbtleben lebenden, vom harten Erwerbtleben mitgenommenen Kindern des Volkes.

Wir wünschen von Herzen, daß diese trefflichen Worte Gehör und Erfüllung finden mögen!

Versammlungskalender.

- Barmen.** 26. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokale Mertin, Parla-mentstraße 1.
- Beittrath.** 27. Oktober, 6 Uhr, bei Rudolf Geratz, General-versammlung.
- Bogholt.** 27. Oktober, 10 Uhr, im Lokale Sangerbergstraße, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Brand.** 28. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Bongenberg (unterer Saal), Generalversammlung.
- Cynatten.** 26. Okt., 8 Uhr, bei Zimmermann-Gagweiler zu Hause, Generalversammlung.
- W. Glabbach-Gardtbroich.** 3. November, 1/27 Uhr, bei Hubert Pagen, Mühlstraße.
- Greiftrath.** 27. Okt., 11 Uhr, bei Herrn Wilt. Kempges, Generalversammlung.
- Jüchen.** Unsere angelegte Versammlung findet nicht am 20., sondern am 27. Oktober, 11 Uhr, bei Ad. Kremer statt.
- Ohtrup.** 28. Oktober, 6 1/4 Uhr, bei Frau Wm. Fischer. — 3. November, monatl. Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Rheinbahlen.** 27. Okt., 1/210 Uhr, bei Böcker (oben).
- Schiefbahn.** 1. November, 6 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
- Waalz.** 27. Okt., 7 Uhr, bei Arn. Gillsen, Quartalsberf.
- Walheim.** 27. Okt., 5 1/2 Uhr, Versammlung bei August 10hr in Gahn.
- Wiltz.** 27. Oktober, 7 Uhr, bei Math. Nisges, 14 jähriges Stiftungsfest.
- Wülfele.** 3. November, 10 Uhr, bei Cornel Schümmer, ordentliche Generalversammlung.

Literarisches.

Der Arbeiterinnenkalender des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine ist wieder erschienen. Wir registrieren dies mit Freude, schon deshalb, weil das Kalenderchen auch für unsere kath. Verbandskolleginnen ein guter Freund sein dürfte. Die diesjährigen Artikel tragen teils belehrenden, teils zu guter Vereinsarbeit aufmunternden Charakter. Recht anschaulich wird in der trefflichen Erzählung „Zwei Wege“ die knifflige Art und Weise illustriert, wie heute selbst die jüngsten Fabrikmädchen ins „rote“ Lager geführt werden können. In dieser Begebenheit aus dem Leben ist es allerdings ein tüchtiges Mitglied des Arbeiterinnenvereins, welches den Jugendlichen den rechten Weg weist. Wenn unsere Kolleginnen, und diejenigen Mitglieder der kath. Arbeiterinnenvereine, die in der Textil-industrie beschäftigt sind, nur aus diesem Artikel die richtige Lehre ziehen, dann bietet sich ihnen in gewerkschaftlicher Beziehung auch oft Gelegenheit, den Jagenden und Unwissenden den Weg in die richtige wirtschaftliche Organisation zu weisen. Alle übrigen Artikel sind von hohem sittlichen Ernst getragen, von der fürsorgenden Liebe zu den Arbeiterinnen und ihrem dauernden Glück bittiert. Ueber den Stand der süddeutschen Arbeiterinnenvereine gibt die berufene Führerin, Frä. Studer-Münch, Auskunft. Die künstlerische Ausstattung bilden außerlesene Reproduktionen von Albrecht Dürer, dem berühmten deutschen Meister. — Mögen die Lesetinnen sich gleich eifrig mit dem Erfassen der guten Lehren, wie mit dem Betrachten der eigenartigen Bilder beschäftigen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Dresden, ein Markstein in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. — Die christlichen Gewerkschaftskartellen in Jahre 1911. — Die Statistik der Kolleginnen. — Warum ist die Frau Gegnerin des Verbandes? — Eine Rundgebung unseres holländischen Bruderverbandes. — Feuilleton: „Noch ein Jahr!“ — Allgemeine Rundschau: Der Zentralverband christlicher Maler. — Ein altes Schmerzenskind. — Allerlei Interessantes vom Züricher Generalstreik. — Zweifelhaftes Bildungsergebnisse. — Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind Dieben und Räubern gleich zu achten. — Die Streit häufigste in den einzelnen Industriezweigen. — Die Arbeiterorganisationen helfen die Gefesse durchzuführen. — Die „Selbst- als Parasiten und Blutsauger.“ — Sozialdemokratie und Kolonialpolitik. — Sozialdemokratische Verichterstattung. — Wann wird eine Sperrung unfruchtbar? — Aus unserer Industrie: Die mit dem Tode ringende Handweberei im Schweizerischen Bezirk. — Die Herstellung des Papiergarnes und seine Verwendung. — Kunststoffe einst und jetzt. — Aus dem Verbandsgebiete: Bekanntmachung. — Aus unseren Bezirken: Konferenz des III. Agitationsbezirks Nachen. — Agitationsbezirk Barmen. — Bezirkskonferenz des Bezirks Straßburg-Rülhausen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Silsdorf. — Forst (Saus). — Delniz i. Vogtland. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Licht und Schatten bei der deutschen Arbeiterbewegung. — Die Wohndichtigkeit in Preußen. — Urlaub für jugendliche Arbeitnehmer. — Versammlungskalender. — Literarisches.